

Gunther Hellmann

(Hrsg.)

Forschung und Beratung in der Wissensgesellschaft

Das Feld der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik

Nomos Verlagsgesellschaft

2006

Inhalt

Vorwort		7
1	Forschung und Beratung in der Wissensgesellschaft: Das Feld der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik – Einführung und Überblick <i>Gunther Hellmann</i>	9
2	Wissenschaftliche Politikberatung in der Wissensgesellschaft <i>Kai Buchholz</i>	45
3	Politikberatung im Kontext der <i>Global Governance</i> -Diskussion: Regieren jenseits der Weltvernunft Herrschaft <i>Renate Martinsen</i>	81
4	Die Konstruktion von Expertise: Eine systemtheoretische Rekonstruktion von Politikberatung? <i>Oliver Kessler</i>	117
5	Große Gräben, Brücken, Elfenbeintürme und Klöster? Die „Wissensgemeinschaft Internationale Beziehungen“ und die Politik – Eine kulturtheoretische Neubeschreibung <i>Christian Büger/Frank Gadinger</i>	149
6	Wissen, Nichtwissen und die Grenzen der Politikberatung – Über mögliche Gefahren und wirkliche Ungewissheit in der Sicherheitspolitik <i>Christopher Daase</i>	189
7	Politikberatung in unterschiedlichen Kontexten: Notizen aus der Praxis. <i>Harald Müller</i>	213
8	Die soziale Konstruktion des „Terrorexperten“. Terrorismusforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft, Medien und Politikberatung <i>Ulrich Schneckener</i>	249
9	Wissenschaftlicher Sachverstand und Expertise. Die SWP im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politikberatung <i>Sebastian Enskat</i>	265

10	Ist Kritik noch möglich? Zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft in den Internationalen Beziehungen <i>Klaus Schlichte</i>	283
	Angaben zu den Autoren	307

Vorwort

Dieser Band dokumentiert die Beiträge der Tagung „Zum Verhältnis Wissenschaft und Politik: Die neuen (I)nternationalen Beziehungen an der Schnittstelle eines alten Problems“, die vom 17. bis 19. März 2005 in Berlin stattfand. Organisiert wurde diese Tagung vom Vorstand der Sektion Internationale Politik der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Mein besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang Peter Rudolf, der die Tagung zusammen mit mir konzipiert und durchgeführt hat. Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) hat in mehrerer Hinsicht zum Erfolg dieses Projekts beigetragen. Ihr früherer stellvertretender Direktor, Albrecht Zunker, hat nicht nur mitgeholfen, die Finanzierung des gesamten Vorhabens sicherzustellen, sondern auch bereitwillig die Räumlichkeiten der SWP für die Tagung zur Verfügung gestellt und diese mit dem erfahrenen Mitarbeiterstab der Stiftung logistisch unterstützt. Mein Dank gilt in dieser Hinsicht besonders Petra Rettig und Elke Horn vom SWP-Konferenzsekretariat. Zudem haben die Mitarbeiter der Stiftung, allen voran ihr früherer Direktor, Christoph Bertram, sich während der Tagung aktiv an der Diskussion beteiligt und dabei wichtige Gesichtspunkte eingebracht, die in einer reinen Sektionsveranstaltung wohl kaum thematisiert worden wären. Mein weiterer Dank gilt einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen, die entweder als Referenten, Diskutanten oder Diskussionsleiter an der Tagung teilgenommen und zu ihrem Erfolg beigetragen haben, darunter Ernst-Otto Czempiel, Helga Haftendorn, Andreas Hasenclever, Daniela Krumland, Günther Maihold, Jörg Meyer, Dieter Kerwer, Thomas Risse, Eberhard Sandschneider, Frank Schimmelfennig, Christoph Weller, Klaus Dieter Wolf und Michael Zürn. Bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Tagung haben ferner studentische Mitarbeiter der Universität Frankfurt wichtige Unterstützung geleistet. Mein Dank gilt in diesem Zusammenhang vor allem Christian Weber, ferner Matthias Hofferberth, Christoph Lunkenheimer, Frank Sauer und Sonja Schirmbeck. Den Mitherausgebern der neuen Sektions-Schriftenreihe „Internationale Beziehungen“, insbesondere Matthias Albert und Frank Schimmelfennig, danke ich für Kommentare sowie die Bereitschaft, diesen Band in die Schriftenreihe aufzunehmen. Andreas Beierwaltes und Claudio Palazzo vom Nomos-Verlag danke ich für die professionelle Unterstützung in der tatsächlichen Realisierung der Veröffentlichung. Zu besonderem Dank bin ich schließlich der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung sowie der Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main verpflichtet. Ohne ihre großzügige finanzielle Unterstützung wären weder die Tagung, noch dieser Sammelband möglich geworden.

Frankfurt am Main im Sommer 2006
Gunther Hellmann

1 Forschung und Beratung in der Wissensgesellschaft: Das Feld der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik – Einführung und Überblick

Gunther Hellmann

1. Einleitung¹

Mit dem Aufruf, das Verhältnis der Politikwissenschaft zur politischen Praxis einer „Neubestimmung“ zu unterziehen, eröffnete der damalige Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Udo Bermbach, Mitte der 1970er Jahre den wissenschaftlichen Kongress der DVPW (Bermbach 1978: 12). Er knüpfte damit an eine recht intensive Beschäftigung der Sozialwissenschaften mit diesem Thema während der späten 1960er und 1970er Jahre an. In den nachfolgenden Jahrzehnten ist jedoch das politikwissenschaftliche Interesse an der Problemstellung stark zurückgegangen. Diese Entwicklung ist – um mit dem Soziologen Peter Weingart einen distanzierten Beobachter zu zitieren – umso überraschender, „als der gesamte Problemkomplex sowohl von hohem theoretischen als auch von erheblichem praktischen Interesse ist“ (Weingart 2003: 90-91; vgl. auch Greven 2003).

Angesichts einiger neuerer Trends in der Theoriediskussion der Internationalen Beziehungen (IB) wie auch in der Wissens- und Wissenschaftssoziologie sah auch der Vorstand der Sektion Internationale Politik hinreichend viele Gründe, um sich dieses Themas im Sinne einer Feldvermessung im Rahmen einer Sektionstagung anzunehmen. Ausgangspunkt war die der Wissens- und Wissenschaftssoziologie entlehnte Einschätzung, dass sich in der jüngeren Vergangenheit im Verhältnis zwischen den Wissenschaften auf der einen Seite und der Gesellschaft sowie der Politik auf der anderen Seite ein grundlegender Wandel vollzogen hat. Der Begriff der „Wissensgesellschaft“ soll diese Transformation konzeptionell auf den Punkt bringen. Drei Thesen werden mit ihm im Allgemeinen verbunden (vgl. Weingart 2001): (1) die These von der *Verwissenschaftlichung* von Gesellschaft und Politik; gemeint ist damit, dass sich gängige Formen und Praktiken wissenschaftlicher Reflexion auf immer mehr Bereiche der Gesellschaft und der Politik ausbreiten und dort auch institutionalisiert werden; (2) die damit wechselseitig eng verknüpfte These der *Politisierung* der Wissenschaft – also der Behauptung, dass sich die Wissenschaft selbst dann, wenn sie es wollte, dem Zugriff der Politik nur noch schwer entziehen

¹ Dieser Beitrag verdankt viele Anregungen der Diskussion im Rahmen der Sektionstagung im März 2005. Für Forschungsassistanz und technische Unterstützung danke ich Matthias Hofferberth und Christian Weber, für Kommentare danke ich Benjamin Herborth.

kann, weil Wissen immer mehr zu einem zentralen Element der Legitimierung politischen Handelns geworden ist und entsprechend von allen Akteuren im politischen Prozess zur Rechtfertigung ihrer Forderungen mobilisiert wird; sowie (3) die These der *Medialisierung* der Wissenschaft; damit verbindet sich die Behauptung, dass die Wissenschaft aufgrund der zentralen Stellung der Medien im öffentlichen Diskurs nicht nur zu einem wichtigen Ansprechpartner der Medien wird und sich ihrerseits auf deren Anforderungen in neuer Weise ausrichten muss, sondern auch, dass Forschungsergebnisse aufgrund der Verwertungsmechanismen der Medien nicht selten verkürzt und damit in bestimmter Weise entwertet werden. Ein Begleitprodukt dieser *Transformation der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft* ist zudem, dass sich der Status von Wissen ganz generell verändert hat. Einerseits sind immer mehr Bereiche sozialen Handelns auf wissenschaftliches Wissen angewiesen. Andererseits verliert dieses zunehmend seine privilegierte Sonderstellung als *gesichertes* Wissen, weil mittlerweile selbst für die vermeintlich objektiven Naturwissenschaften der Nachweis geführt wurde, dass nicht nur objektive wissenschaftsinterne Regeln, sondern auch wissenschaftsexterne Faktoren die Ergebnisse wesentlich beeinflussen (Collins/Pinch 1993; Heintz 1993). Wissenschaft wird insofern nicht mehr als objektiver, d.h. streng kontrollierter, unparteiischer und weitgehend von logischen Ableitungen gekennzeichneter Forschungsprozess, sondern zunehmend als sozialer Aushandlungsprozess verstanden: „Es scheint nicht mehr die Natur zu sein, die spricht, sondern WissenschaftlerInnen, die unter sehr konkreten und lokalen Bedingungen das interpretieren, was sie vermeinen, die 'Natur' sagen zu hören“ (Felt/Nowotny/Taschwer 1995: 116).

Diese (allen Gegenattacken im Zuge der „science wars“ (Brown 2001) zum Trotz) fortschreitende Entzauberung der Wissenschaft manifestierte sich in den letzten Jahren in mehreren Entwicklungen. Als Krise der Wissenschaften äußert sie sich zum einen im Verlust der epistemischen Sonderstellung der Wissenschaft und der damit einhergehenden Einebnung der Differenz zwischen wissenschaftlichem Wissen und nicht-wissenschaftlichem Wissen. Über eine Krise der *Wissenschaften* reicht sie zweitens aber schon deshalb weit hinaus, weil die Krisenerscheinungen alle Formen des Wissens umfassen und insofern auch als eine allgemeinere „Krise der Bedeutung von Wissen“ bezeichnet werden können (Willke 2002). Entsprechend sind, drittens, seit längerem Rufe zu vernehmen, die Definitionshoheit der Wissenschaften über die Erstellung von Forschungsagenden wie auch zur Festlegung der Kriterien zur Beurteilung von Qualität und Relevanz bestimmten Wissens einzuschränken und verstärkt für breitere gesellschaftliche Mitsprache zu öffnen (Gibbons 1994). Mehr noch, wenn wir es tatsächlich mit einer Krise der Bedeutung *jeglichen* Wissens zu tun haben, dann müsse sich die Wissensgesellschaft vor allem der zentralen Herausforderung stellen, zu angemessenen Formen des Umgangs mit Nichtwissen zu gelangen (Willke 2002: 35-47).

Diese Veränderungen bedeuten aber nicht, die Rolle der Wissenschaften *grundsätzlich* in Frage zu stellen. Ganz im Gegenteil ist in den letzten Jahren eine gewisse Gegenbewegung zu konstatieren, die der Wissenschaft trotz aller Entzauberung früherer Idealisierungen einen angemessenen Platz unter den Produzenten des Wis-

sens zurückerobern will. Diese Position gründet zunächst ganz allgemein in der Auffassung, dass die Geschichte der Wissenschaft nach wie vor belege, dass wir bei allen erforderlichen Korrekturen an gewissen Idealisierungen keinen Grund haben, die unstreitigen Errungenschaften der Wissenschaft klein zu reden. Die zweifelsohne in vielen Bereichen gegebene „gesellschaftliche Stabilität wissenschaftlichen Wissens“ kann daher dann als ein modernes Äquivalent früherer wissenschaftlicher Objektivität fungieren, wenn wir eine sowohl naturalistische wie auch holistische, d.h. letztlich primär an *praktischen Erfordernissen* (statt fachwissenschaftlichen Riten) orientierte Einstellung zur Forschung entwickeln (Ziman 2000). Die von Philosophen wie Quine und Kuhn überzeugend formulierte Kritik positivistischer Epistemologie impliziert daher keineswegs eine Abkehr von methodenbewusster empirischer Forschung wie sie manchen postmodernen Theorien unterstellt wird (vgl. hierzu Zammito 2004). Vielmehr laufen neuere Vorschläge darauf hinaus, die unterschiedlichen Stärken unterschiedlicher Wissensproduktionsgemeinschaften systematisch zu verbinden – in den Worten von Helmut Willke: „neue Formen der strukturellen Koppelung zwischen ‘communities of practice’ und ‘scientific communities’ im Zeichen einer pragmatischen Fundierung *jeden* Wissens“ zu erfinden (Willke 2002: 14, Hervorh. im Original; vgl. auch Weingart 2003: 134-141). Aus wissenssoziologischer bzw. wissenschaftssoziologischer Perspektive läuft dies u.a. auf die Forderung hinaus, die in einer je spezifischen „gesellschaftlichen Wissensordnung“ verkoppelten „Wissensakteure“ auf ihr wechselseitiges Verhältnis und ihre jeweiligen Rollen sowie die in dieser Ordnung praktizierte „Wissenspolitik“ hin zu befragen (Weingart 2003: 139 sowie Stehr 2003).

Wie sich vor diesem Hintergrund das Verhältnis zwischen dem politikwissenschaftlichen Teilgebiet der IB zur Praxis der internationalen Politik sowie der Außenpolitik in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat und wie es sich heute darstellt, ist Gegenstand dieses Sammelbandes. In dieser Einleitung sollen verschiedene Dimensionen dieses Verhältnisses in ihrem neueren historischen Kontext skizziert werden. Im nächsten Abschnitt geht es zunächst darum, die Struktur der Internationalen Beziehungen als einer primär theoretischen Wissenschaft näher zu beleuchten. Daran schließt sich eine Diskussion jüngerer Entwicklungstrends im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik auf dem Feld der internationalen Beziehungen an, wobei der Schwerpunkt auf der universitären IB einerseits und der außen- und sicherheitspolitischen Ministerialbürokratie andererseits liegt. Die These hier lautet, dass sich in den letzten Jahren – entgegen manchen anderslautenden Einschätzungen – wechselseitige Annäherungen auf beiden Seiten beobachten lassen, die nicht nur zu einer Ausweitung der Akzeptanz wissenschaftlicher Standards gerade auch im politiknahen Bereich geführt, sondern auch das Bewusstsein in den IB für eine stärkere Berücksichtigung praktischer Problemstellungen in ihrer (notgedrungen theoretisch ausgerichteten) Forschung geschärft haben (Abschnitt 3). Diese wechselseitigen Annäherungen können zwar nicht die strukturellen Hürden in der Kommunikation zwischen den Systemen Politik und Wissenschaft (mit ihren je unterschiedlichen Systemlogiken) beheben. Es sollte allerdings möglich sein, die sich ändernde Wissensordnung (Weingart) im Feld der internationalen Beziehungen

und der Außenpolitik so zu organisieren, dass möglichst viele einschlägig ausgewiesene Wissensproduzenten an der Regulierung der Wissensbestände beteiligt werden (Abschnitt 4). Abschließend liefert die Einleitung einen Überblick über die Beiträge des Bandes (Abschnitt 5).

2. *Die Wissenschaft von den internationalen Beziehungen und die Wissensgesellschaft*

Auf den ersten Blick scheint es so, als ob die Rede von der Wissensgesellschaft für das Feld der internationalen Politik und der Außenpolitik weit weniger bedeutsam ist als für die Natur- oder Lebenswissenschaften. Hier scheinen eher gegenläufige Entwicklungen am Werk zu sein. Denn während die These der zunehmenden Politisierung der Wissenschaft sich zumeist auf die Ingenieur-, Natur- oder Lebenswissenschaften bezieht, hatte sich die Politikwissenschaft schon immer eher mit dem Vorwurf auseinanderzusetzen, eigentlich gar keine *richtige* Wissenschaft zu sein – d.h. bestimmten Anforderungen an Wissenschaftlichkeit schon deshalb nicht zu genügen, weil sie immer schon durch und durch „politisiert“ gewesen sei (vgl. die Diskussion bei Alemann 1994: 15-16). Gerade in den letzten Jahrzehnten hat sich aber sowohl in den Selbstbeschreibungen des Faches wie auch in gängigen Fremdbeschreibungen das Bild einer zunehmend professionalisierten Fachwissenschaft durchgesetzt, die sich – wie jede andere Wissenschaft auch – auf der Grundlage einer je eigenen Pluralität unterschiedlicher Theorien und Methoden mit den zentralen Gegenständen ihrer Disziplin beschäftigt (vgl. Bleek 2001, Kap. 9, 10; Berg-Schlosser 2003; Busse 2003; Katznelson/Milner 2002). Vor allem die deutsche IB reklamiert dabei für sich für die vergangenen beiden Jahrzehnte einen erheblichen Professionalisierungsschub. Abzulesen ist dieser insbesondere an einer deutlichen Zunahme theoriegeleiteter Forschung, einer Öffnung gegenüber und Anerkennung durch benachbarte sozialwissenschaftliche Disziplinen, bemerkenswerte Erfolge in der Etablierung breiter Schwerpunktprogramme in der Grundlagenforschung (wie etwa DFG-Sonderforschungsbereiche) sowie eine verstärkte Präsenz in den international herausragenden referierten Fachzeitschriften (Zürn 2003).

Gerade dieser letzte Aspekt der Professionalisierung ist in unserem Zusammenhang von besonderer Bedeutung, denn er hat im Vergleich zu den Anfängen der Politikwissenschaft zu einer Neupositionierung der IB auch im Hinblick auf die Frage beigetragen, wie das Verhältnis zwischen dem politikwissenschaftlichen Teilgebiet IB *als Wissenschaft* und den internationalen Beziehungen (bzw. der Außenpolitik) *als Praxis* zu beschreiben ist. Denn wenn man unter Professionalisierung die Abgrenzung einer Praxisgemeinschaft nach außen durch die Ausbildung distinkter, für eben diese Außenwelt aber auch anerkennungsfähiger professioneller Dienstleistungen versteht, dann sind diese Grenzen in den letzten beiden Jahrzehnten in der Tat sichtbar geworden. Bei allen sonstigen Unterschieden, die es zwischen den deutschen und den US-amerikanischen IB geben mag, lässt sich wohl kaum bestrei-

ten, dass die Professionalisierungstrends hier und dort eher konvergieren als divergieren.

Ole Wæver (2003) hat wesentliche Aspekte dieser Professionalisierung in einem bislang unveröffentlichten, höchst instruktiven Beitrag über die Struktur der IB in Anlehnung an eine wissenschaftssoziologische Studie von Richard Whitley (1984) untersucht.² Weil Wævers Beobachtungen für die Vermessung des Feldes von Wissenschaft und Politik in den internationalen Beziehungen von erheblicher Bedeutung sind, sollen sie hier ausführlicher vorgestellt werden. Für Wæver sind die IB (im Bourdieuschen Sinne) ein „wissenschaftliches Feld“, das er zwischen einer „segmentierten Bürokratie“ und einer „polyzentrischen Oligarchie“ ansiedelt. Diese begriffliche Zuspitzung wie auch der Ausgangspunkt seiner Untersuchung der disziplinären Struktur der IB beruhen auf einem konzeptuellen Rahmen, den Whitley für die Analyse sämtlicher Wissenschaften entwickelt hat. Für Whitley sind wissenschaftliche Felder eine besondere Form der Arbeitsorganisation, die die Produktion intellektueller Neuheiten durch Konkurrenz um Anerkennung strukturieren und kontrollieren (Whitley 1984: 81). Da die geforderte Innovation jedoch immer an bestimmte disziplinäre Standards rückgebunden sein muss, ergibt sich die paradoxe Situation, dass Innovationsdruck und Konformität eng beieinander liegen und prinzipiell eher eine große Ungewissheit über die Aufgabenstellung wissenschaftlicher Arbeit („task uncertainty“) erzeugen. Dies ist eine der beiden zentralen Whitley'schen Variablen zur Erschließung disziplinärer Strukturen. Die andere ist die der wechselseitigen Abhängigkeit der Wissenschaftler untereinander („mutual dependence“). Beide unterteilt Whitley nochmals, indem er zwischen einer funktionalen bzw. technischen und einer strategischen Dimension unterscheidet. *Funktionale Abhängigkeit* beschreibt das Ausmaß, in dem Wissenschaftler auf spezifische Ideen, Ergebnisse und Verfahren ihrer Kollegen verwiesen sind, wenn sie anerkennungsfähige Beiträge leisten wollen; *strategische Abhängigkeit* hingegen verweist auf die Anerkennung innerhalb der *scientific community*, dass die bearbeiteten Forschungsprobleme tatsächlich auch wichtig und der gewählte Forschungsansatz potentiell ertragreich ist. Für die IB gelangt Wæver zu der Einschätzung, dass die funktionale Abhängigkeit vergleichsweise niedrig ist – die IB also tendenziell eine geringe Standardisierung des Forschungsprozesses aufweist – die strategische Abhängigkeit dagegen eher hoch ausfällt, d.h. dass die Konkurrenz innerhalb der IB sehr viel stärker auf dem Feld der *Forschungssagenden* als spezifischer *Forschungsmethoden* oder *-techniken* ausgetragen wird. Die in den gängigen Selbstbeschreibungen der Geschichte der IB immer wieder auftauchenden „Großen Debatten“ (Schmidt 2002) sind der beste Beleg dafür.

Auch die Kategorie der *task uncertainty* unterteilt Whitley in eine technische und eine strategische Dimension. Technische *task uncertainty* beschreibt das Ausmaß, in dem bestimmte Arbeitstechniken in der *scientific community* als unstrittig gelten und in ihrer Anwendung stets zu verlässlichen Ergebnissen führen. Strategische *task*

2 Erste Überlegungen ähnlicher Art finden sich bei Wæver (1998).

uncertainty hingegen beschreibt die Ungewissheit hinsichtlich prioritär zu bearbeitender Forschungsprobleme und den damit zusammenhängenden Forschungsstrategien, möglichen Reputationsgewinnen, die mit unterschiedlichen Forschungsstrategien einhergehen und der Bedeutung der Ergebnisse für kollektive intellektuelle Güter. Für die IB gelangt Wæver hier zu der Einschätzung, dass beide tendenziell hoch sind, insbesondere die strategische *task uncertainty* sich aber in dem Maße verringern kann wie es einer Forschungselite gelingt, ein Forschungsprogramm bzw. bestimmte Standards durchzusetzen. In diesem Fall ergibt sich jene Mischung, die Whitley *segmentierte Bürokratie* nennt – ein Fall wie etwa in der Volkswirtschaftslehre, in der zum einen eine strenge, von Theoretikern angeführte Hierarchie etabliert ist und die Ausbildung in hohem Maße durch formale Theorien standardisiert ist. Gleichzeitig ist aber auch eine anwendungsorientierte Forschung nicht übersehbar, die sich zwar auf den theoretischen Kern der Disziplin bezieht, in ihren empirischen Anwendungen aber weit weniger strengen Restriktionen unterliegt als die primär theoretische Arbeit. Dadurch entsteht eine zweistufige Hierarchie, in der die abstrakte Theorie eindeutig die Reputationsspitze bildet, die anwendungsorientierten Teilgebiete allerdings nicht zuletzt deshalb Freiräume genießen, weil sie nach außen wirken und durch ihren Rekurs auf den theoretischen Kern der Disziplin dessen Relevanz unterstreichen. Im Kontrast dazu fällt die strategische *task uncertainty* im Falle der *polyzentrischen Oligarchie* deutlich höher aus. Hier bildet sich eine Struktur, in der sich das Gros der Wissenschaftler auf eine kleine Gruppe konkurrierender intellektueller Führungspersönlichkeiten ausrichtet, die ihrerseits die knappen Ressourcen kontrollieren:

„research is organized into competing schools based on leadership entrenched in employment organizations and control over journals. Knowledge here tends to be more theoretically oriented and co-ordinated (...) as scientists have to demonstrate the importance of their contribution to the school's overall programme rather than simply claiming reputations on the basis of competence in empirical structures. It is, however, still diffuse because of the highly tacit nature of research skills and lack of standardized interpretative procedures“ (Whitley 1984: 160).

Unabhängig davon, ob nun der Typus der *segmentierten Bürokratie* oder der *polyzentrischen Oligarchie* eine angemessenere Beschreibung der Struktur der IB liefert, klar ist in beiden Fällen, dass die disziplinären Anreizstrukturen in hohem Maße die Theoriearbeit prämiieren und dementsprechend anwendungsorientierte Forschung unter Reputationsgesichtspunkten einen niedrigeren Stellenwert genießt. Mit dieser Strukturvorgabe geht einher, dass die Qualität der Forschung letzten Endes durch ein stark hierarchisch organisiertes System wissenschaftlicher Zeitschriften bewertet wird. Während in den Naturwissenschaften selbst die herausragenden Fachzeitschriften hohe Annahmehquoten aufweisen, liegen sie bei den Top-Zeitschriften der Sozialwissenschaften nicht selten zwischen zehn und zwanzig Prozent (Hargens 1988). In der Zeitschrift „American Political Science Review“, dem Flaggship der US-amerikanischen Politikwissenschaft, wurden beispielsweise 2003-2004 mehr als 90 Prozent aller eingereichten Aufsätze bereits in der ersten

Runde abgelehnt (Sigelman 2005: 138). Für vergleichbare Zeitschriften im Teilgebiet der Internationalen Beziehungen wie „International Organization“ oder „International Security“, die unter den IB-Fachzeitschriften laut „Social Science Citation Index“ am häufigsten zitiert werden bzw. den größten „Impact Faktor“ aufweisen, gelten ähnliche Quoten.³

Während der Trend einer deutlichen Zunahme der Theorieorientierung in den IB als solcher nicht mehr infrage gestellt wird, ist wie und je umstritten, ob mit dieser Entwicklung nicht mindestens genauso viele Nachteile wie Vorteile einhergehen. Seit langem stehen sich hier zwei Positionen gegenüber, die nur schwer versöhnbar erscheinen. Zur ersten Gruppe gehören jene, die von politikwissenschaftlicher Forschung „Praxisrelevanz“ einfordern und mit diesem Stichwort zumeist verbinden, dass Forschungsergebnisse in einer Sprache verfasst werden, die auch für die Politik unmittelbar verständlich ist. Gemessen an diesem Standard schneidet die akademische IB zumeist nicht sehr gut ab. Selbst manche Politikwissenschaftler beklagen, dass allzu viele „Mönche“ der IB eine „obskure Terminologie“ pflegten, die nur noch jene verstünden, die bereit wären, sich auf die entsprechenden „scholastischen Sprachspiele“ einzulassen (Wallace 1996: 305-306; vgl. Hacke 2003: 364; Walter 2006). Eine zweite Gruppe weist diese Kritik u.a. mit der Begründung zurück, dass diese Perspektive nicht nur die Aufgabenstellung akademischer wissenschaftlicher Forschung verkenne, sondern auch von der irrigen Annahme ausgehe, dass die Politik den Rat der IB suche (Smith 1997; Booth 1997). Und selbst wenn die Distanz zwischen IB und außenpolitischer Praxis nicht ganz so groß eingeschätzt wird, wird von den Anhängern dieser zweiten Denkschule zumeist daran festgehalten, dass die IB ihre Forschung schon deshalb weiterhin theoretisch profilieren müsse und dem entsprechend auch auf das jeweilige spezialisierte Vokabular verwiesen sei, weil sie nur auf der Grundlage einer nach wissenschaftsinternen Regeln erworbenen Expertise eine Teilhabe an öffentlichen Diskursen beanspruchen könne (vgl. u.a. Albert 2004: 284-285; Risse 2004: 288-289 sowie bereits Link 1978: 490).

3. *Wechselseitige Annäherungen zwischen Wissenschaft und Politik*

Auch wenn diese Positionen auf den ersten Blick so unversöhnlich wie eh und je erscheinen bzw. manche sogar der Auffassung zuneigen, dass sich die alte Kluft („gap“) zwischen Theorie und Praxis (George 1993) an manchen Stellen zu einer regelrechten Erdspalte („chasm“) verbreitert habe (Jentleson 2002: 169), lassen sich in den letzten Jahren durchaus Tendenzen identifizieren, die es erlauben, ein diffe-

3 In der „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“ sind die Ablehnungsquoten mit 50 bis 60 Prozent schon deshalb autorenfreundlicher, weil die deutschsprachige *scientific community* bedeutend kleiner ist (vgl. Weller 2004: 372). Dies ändert aber prinzipiell nichts am Anreizsystem, denn wie andere Untersuchungen belegen, ist sowohl der Anreiz, international zu publizieren, wie auch der Erfolg deutschsprachiger Autorinnen und Autoren in englischsprachigen Zeitschriften in den letzten Jahren gewachsen (vgl. Zürn 2003: 32-33).

renzierteres Bild zu zeichnen. Dies hängt im wesentlichen damit zusammen, dass sich auf beiden Seiten eingefahrene Wahrnehmungsmuster bzw. Handlungsweisen verschoben haben. Dies gilt erstens für die Art und Weise, wie die Politik der akademischen IB gegenübertritt. Vor knapp drei Jahrzehnten war es in den Ministerialverwaltungen noch üblich, im Fach Politikwissenschaft gleichsam das Schmuttelkind universitärer Wissenschaften zu sehen. Das jedenfalls ergab eine empirische Erhebung Anfang der 1980er Jahre. Gefragt nach der „Zuverlässigkeit“ unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen rangierte die Physik in der Wahrnehmung der Ministerialbürokratie mit 100 Prozent an erster Stelle, während nur 17 Prozent der Ministerialbeamten der Politikwissenschaft dieses Gütesiegel ausstellen wollten – und sie damit auf den letzten Platz verbannten. Umgekehrt belegte die Politikwissenschaft gemeinsam mit der Soziologie mit 43 Prozent den Spitzenplatz als die Rangfolge für die „Unzuverlässigkeit“ der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen ermittelt wurde (Bruder 1981: 63, zit. nach Eberwein/Hörsch 1995: 359). Wenn man diese Einschätzungen auf die IB überträgt, so ließe sich vermuten, dass sich hinter solchen Zahlen auch eine gewisse Geringschätzung gegenüber einer Forschung verbarg, die sich in Teilen (etwa in der „kritischen Friedensforschung“) sehr stark durch eine kritische Distanz gegenüber der (Außen-) Politik definierte (Daase 2002; Lock 2003)⁴ während sie auf der anderen Seite (etwa im Rahmen der traditionellen „Sicherheitsforschung“) manchmal auch dann die Nähe zur Macht suchte, wenn diese gar nicht darum bat. In gewisser Weise ist diese Geringschätzung sogar nachvollziehbar, denn wenn – wie dies ein ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt formulierte – die Anforderung an eine „wissenschaftliche Informationsdienstleistung“ mit der Erwartung einhergeht, dass die Ratgebenden einerseits in „großer kommunikativer Nähe zur Politik“ agieren sollten und ihr Rat gleichzeitig „fundierte, aktuell, praxisnah und politisch durchsetzbar“ sein muss (von Ploetz 1998: 70; vgl. auch Klaiber 1996), dann sind das Wissensprodukte, die von keinem „zuverlässigen“ Wissenschaftler geliefert werden können – und zwar unabhängig davon, ob er (oder sie) sich *als Wissenschaftler(in)* primär durch Theoriearbeit, Kritik oder Praxisrelevanz definiert. Hinzu kommt, dass die „Handlungsform Forschung“ (als „regelgeleitete Suche nach neuem Wissen“) gerade der außen- und sicherheitspolitischen Ministerialbürokratie keineswegs fremd ist.⁵ Ganz im Gegenteil: wenn man Wissen als *Handlungsvermögen* begreift (Stehr 2000: 81), dann können gute Gründe benannt werden, warum sich im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik eine noch größere *strukturelle Wissensasymmetrie* zwischen Politik und Wissenschaft auftut als etwa in anderen („innenpolitischen“) Politikfeldern. Dies liegt erstens – wie schon ein schneller Blick auf die Arbeit der Nachrichtendienste, der Streitkräfte und der Diplomatie mit ihren je spezialisierten Tätigkeiten zeigt (vgl. Thunert 2006; Bettzuege 2006; Wieck 2006) – an spezifischen Methoden und Vokabularen zum Erwerb von Wissen, die der

4 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Klaus Schlichte in diesem Band.

5 Vgl. hierzu auch die Diskussion zum Wissensbegriff im Beitrag von Kai Buchholz in diesem Band.

Erwerb von Wissen, die der Wissenschaft schon deshalb häufig fremd sind, weil sie wenig erforscht sind (und auch nicht leicht erforschbar) sind. Es zeigt sich zweitens ganz generell in der Praxis der Geheimhaltung und der Verwertung erworbenen Wissens.

Selbst wenn man diese strukturelle Wissensasymmetrie zwischen der universitären IB-Forschung einerseits und der außen- und sicherheitspolitischen Ministerialverwaltung mit ihrem je spezialisierten Wissen andererseits in Rechnung stellt, spricht einiges für die These, dass sich im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik das Verständnis für und das Interesse an der universitären IB in den letzten Jahren und Jahrzehnten eher verstärkt als verringert hat (vgl. hierzu die Einschätzung bei Link 1978: 489-491 zur Situation in den 1970er Jahren). Die Zunahme der Wertschätzung politikwissenschaftlicher Forschung lässt sich dabei an mehreren Indikatoren ablesen. Erstens hat sich in den letzten Jahrzehnten die Zahl der Absolventen aus dem Fach Politikwissenschaft, die in den außen- und sicherheitspolitischen Bereichen der Bundesverwaltung eine Anstellung finden, mit der bundesweiten Etablierung und Professionalisierung des Faches ständig erhöht. Dies gilt sowohl für die Präsenz von Politikwissenschaftlern in den Stäben des Deutschen Bundestages⁶ wie auch im Auswärtigen Dienst.⁷ Damit ist zwar nicht gesagt, dass jene Form der Theoriearbeit, die sich in den wichtigsten politikwissenschaftlichen Fachzeitschriften spiegelt, in die politische Praxis Eingang findet, wohl aber dass immer mehr Experten in der Außen- und Sicherheitspolitik zumindest prinzipiell mit solchen Forschungsergebnissen umgehen können. Auf den dahinter liegenden allgemeineren Punkt hat Niklas Luhmann schon in den 1970er Jahren hingewiesen als er auf „eine ausreichende Szientifizierung der Anwendungssysteme“ als Voraussetzung einer

6 In einer Umfrage unter Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die zugleich Mitglieder im Auswärtigen Ausschuss waren, wurde u.a. nach der Ausbildung ihrer persönlichen Mitarbeiter gefragt. Die Politikwissenschaft lag hier mit klarem Abstand an der Spitze (10), gefolgt von den Wirtschaftswissenschaften (5) und den Sozialwissenschaften (4); andere Studienfächer kamen jeweils nur einmal vor, darunter Rechtswissenschaft, Geschichtswissenschaft und Journalismus (Rößler 2002: 154).

7 Nach Auskünften des Auswärtigen Amtes auf eine telefonische Anfrage belegten unter den 2004 bis 2006 neu eingestellten Attachés des höheren Dienstes Politikwissenschaftler (inkl. Regionalwissenschaftler) jeweils den zweiten Platz nach Juristen. So standen im Jahr 2004 23 Juristen (2005: 14 / 2006: 15) 8 Politikwissenschaftler (2005: 6 / 2006: 11) sowie 14 Absolventen anderer Fächer (2005: 25 / 2006: 9) gegenüber, wobei unter den sonstigen Fächern all jene (also auch Wirtschaftswissenschaftler) zusammengefasst wurden, die fünf oder weniger neue Attachés stellten. Letzteres ist umso bemerkenswerter als die Informationsbroschüre des Auswärtigen Amtes explizit vermerkt, dass „auf einen gewissen Anteil an qualifizierten Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern (...) aufgrund des ausgeprägten rechtlichen Bezugs vieler Tätigkeitsbereiche (...) und der Bedeutung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht zu verzichten“ sei (vgl. „Hinweise für Ihre Bewerbung für den höheren Auswärtigen Dienst“, verfügbar unter <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/AAmt/AusbildungKarriere/AA-Taetigkeit/HoehererDienst/Downloads/InformationsbroschueHD.pdf#search=%22Hinweise%20f%C3%BCr%20Ihre%20Bewerbung%20f%C3%BCr%20den%20h%C3%B6heren%20Ausw%C3%A4rtigen%20Dienst%22> [23.2.2006]).

gelingenden Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis verwies (Luhmann 1977: 34-35).

Deutlich relativiert, wenn nicht sogar widerlegt ist zweitens die Vermutung, dass die akademische Forschung der Praxis (in deren eigener Wahrnehmung) nichts zu bieten habe. Bereits Mitte der 1990er Jahre zeigte eine empirische Untersuchung über den Nutzen eines über mehr als zehn Jahre regelmäßig tagenden „Arbeitskreises Sicherheitspolitik“ zwischen Vertretern der universitären IB und Vertreter des Auswärtigen Amtes wie auch des Bundesministeriums der Verteidigung, dass die teilnehmenden Praktiker einen großen Nutzen aus dem Austausch zogen. Hervorgehoben wurde dabei vor allem der Nutzen des Arbeitskreises als Diskussionsforum, in dem neue Einsichten gewonnen werden konnten, die auch für die praktische Tätigkeit von Vorteil waren.⁸ Ähnliches lässt sich über Einschätzungen von Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag festhalten. In einer Erhebung über Politikberatung im Deutschen Bundestag im Feld der Außenpolitik maßen die meisten Abgeordneten (12) der Politikwissenschaft eine „hohe Bedeutung“ in ihren Beratungsgesprächen bei – mehr als der Geschichtswissenschaft (9), den Wirtschaftswissenschaften (8) und der Rechtswissenschaft (4). Dies ist umso erstaunlicher als die „Verlässlichkeit der Ergebnisse“ politikwissenschaftlicher Forschung nach wie vor geringer eingestuft wurde als dies für die Geschichtswissenschaft oder die Rechtswissenschaft der Fall war (Rößler 2002: 153-154).⁹

Die wachsende Wertschätzung der akademischen IB kann man schließlich drittens in der hochrangigen politischen Unterstützung ablesen, die das Projekt der „Hertie School of Governance“ gefunden hat (vgl. Hertie School of Governance 2004). Von der ganzen Anlage her ist dies zwar ein interdisziplinäres Projekt, der Politikwissenschaft (und hier insbesondere der IB) kommt allerdings eine wichtige Rolle zu. Dabei besteht der Anspruch gerade darin, eine „praktische Problemorientierung mit den höchsten Standards akademischer Exzellenz zu verbinden“ und der theoretischen Ausbildung denselben hohen Stellenwert beizumessen wie praktischen Erfahrungen neben dem Studium (Zürn 2004: 4, 18). Erste Hinweise zeigen, dass sich die Exekutive für diese Innovationen durchaus öffnet – und dies trotz der Tatsache, dass die Vertreter der Hertie School offensiv mit dem Anspruch antreten, fest gefügte Karrierepfade innerhalb der Ministerialbürokratie (insbesondere das Juristenmonopol) aufzubrechen (Füller 2006).

8 Vgl. Eberwein/Hörsch 1995: 364-365; vgl. ferner den Abschnitt 3 im Beitrag von Harald Müller in diesem Band.

9 Zur Wahrnehmung der Zuverlässigkeit verschiedener Wissenschaften durch die Medien vgl. in diesem Zusammenhang Neidhardt 2002: 13-14, 36. Neidhardt nimmt zwar nur eine recht grobe Differenzierung in acht Disziplingruppen vor, nach dieser Systematik werden allerdings die Sozialwissenschaften (inkl. Demoskopie) in der Summe in knapp 60 Prozent aller Fälle positiv erwähnt (für andere Disziplinen sieht die Bilanz folgendermaßen aus: Wirtschaftswissenschaften (inkl. Konjunkturforschung) +67,9 Prozent; Rechtswissenschaften +41,1 Prozent; Medizinwissenschaften +23,3, Prozent; Geisteswissenschaften (v.a. Zeitgeschichte) +22,7 Prozent; Naturwissenschaft (inkl. Geowissenschaften) +8,6 Prozent; Biologie (v.a. Genforschung) -10,6 Prozent).

Das Aufbrechen eingefahrener Fremd- wie auch Selbstwahrnehmungsmuster lässt sich allerdings nicht nur für die Politik in ihrem Verhältnis zur akademischen IB-Forschung nachweisen, sondern auch umgekehrt in einem zunehmenden Bewusstsein innerhalb der IB-Forschung für die Berechtigung gewisser Anforderungen aus der Praxis. Was in diesem Kontext unter der Forderung nach stärkerer „Praxisrelevanz“ zu verstehen ist, ist allerdings im Einzelfall erläuterungsbedürftig, wird doch die Klage über die vermeintliche Praxisferne der IB-Forschung zumeist aus der Perspektive möglicher Anwender und fast nie aus der Perspektive der Produzenten thematisiert. Zieht man jedoch hierzu vorliegende Daten heran, widersprechen diese gängigen Einschätzungen. So kam etwa Werner Link in einer empirischen Untersuchung laufender deutscher Forschungsprojekte zur Außenpolitik und internationalen Politik bereits Mitte der 1970er Jahre zu dem Ergebnis, dass „bei der Wahl des Themas die Frage der Praxisrelevanz“ nach Selbsteinschätzung der jeweiligen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entweder eine „ausschlaggebende Rolle“ (59,2 Prozent) oder zumindest „eine sekundäre Rolle“ (39,4 Prozent) gespielt hatte. Für lediglich 1,4 Prozent der Befragten spielte Praxisrelevanz keine Rolle. Zudem wollten knapp 60 Prozent der Befragten aus ihren Forschungsergebnissen auch „Optionen oder Anleitungen für die praktische Politik liefern“: 31,4 Prozent bejahten dies uneingeschränkt, weitere 27,1 Prozent „mit Einschränkungen“ (Link 1978: 496). Wenn man in Betracht zieht, dass fast die Hälfte der in die Umfrage einbezogenen Projekte drittmittelfinanziert war (darunter die DFG mit dem größten Anteil, gefolgt von DGFK, VW und Thyssen), sind dies eindrückliche Belege dafür, dass die IB-Forschung allen Klagen über ihre vermeintliche Praxisferne zum Trotz in der Selbstwahrnehmung der betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sehr wohl praktische Probleme ins Zentrum ihrer Forschung rückte. In dieser Hinsicht mag es zwar in der deutschen IB-Forschung in den letzten fünfzehn Jahren zu gewissen Verschiebungen zugunsten stärker theoretischer Problemstellungen gekommen sein, es lassen sich allerdings auch mehrere Indikatoren ins Feld führen, die unterstreichen, dass damit keineswegs eine Ablehnung einer (zumindest indirekten) praktischen Relevanz solcher Forschung verbunden ist. Sowohl die innerwissenschaftlichen Anreizsysteme wie auch die wachsenden Anforderungen aus der Gesellschaft hinterlassen in dieser Hinsicht ihre Spuren in der Fachdiskussion.

So lässt sich etwa, erstens, in der Selbstverständigung unter deutschen IB-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein wachsendes Bewusstsein dafür ausmachen, dass auch eine notgedrungen theoretisch orientierte IB ihre Aufgabe verfehlt, wenn ihre Problemstellungen „gänzlich durch die interne Wissenschaftsdiskussion generiert“ werden (Kratochwil 2004: 322). Anlässlich eines Symposiums zum 10-jährigen Bestehen der „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“ wurde wiederholt die Forderung erhoben, dass auch theorieorientierte Forschung (zumindest indirekt) auf politische Probleme Bezug nehmen müsse. Selbst wenn Autoren vor konkreten Politikempfehlungen zurückschreckten, bestünde immer noch die Möglichkeit durch geringfügige Ergänzungen auch in theorieorientierten Beiträgen zu verdeutlichen, welche praktische Bedeutung bestimmten theoretischen Befunden zukommt (Rüland 2004: 308; Wolf 2004: 316-318; Maull/Harnisch/Schieder 2004:

362-363). Dies wäre nicht nur von Vorteil für die praktische Politik, sondern würde auch die Theoriedebatte selbst befruchten (Börzel 2004: 352; Müller/Hellmann 2004: 278-279).¹⁰

Abgesehen von dieser expliziten Reflexion über das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis spiegelt sich das veränderte Selbstverständnis zweitens auch in der neueren Theoriediskussion des Faches. Parallel zu einer breiten Bewegung in angrenzenden wissenschaftlichen Disziplinen, die (häufig in Erweiterung des „linguistic turn“) einen „pragmatic turn“ bzw. einen „practice turn“ (Schatzki/Knorr Cetina/Savigny 2001) einfordern sind auch in den IB zunehmend Stimmen zu vernehmen, die einen pragmatischen Zugang zur Theoriebildung einklagen (Kratowil 2006) bzw. verstärkt die Praktiken der internationalen Beziehungen (wie auch der IB) zum Gegenstand solcher Untersuchungen machen wollen (Haas/Haas 2002; Neumann 2002; Neumann/Heikka 2005).¹¹

Diese Veränderungen treffen, drittens, auf einen gesellschaftlichen Diskurs, der seinerseits vermehrt eine solche Ausrichtung einfordert. Die These von der Medialisierung der Wissenschaft (Weingart 2001) verweist in diesem Zusammenhang auf zweierlei: zum einen impliziert sie, dass die Wissenschaft zunehmend auf mediale Präsenz angewiesen ist bzw. zur Verstärkung dieser medialen Präsenz gedrängt wird. In Deutschland hat dies zwar noch nicht jene Ausmaße angenommen, die sich neuerdings an US-amerikanischen Universitäten beobachten lassen – dass nämlich Universitätsspitzen ihre Professoren immer mehr bedrängen, Zeitungsartikel zu schreiben und Interviews zu geben und dafür auch bereit sind, erhebliche Mittel zu investieren (MacDonald 2004). Aber auch an deutschen Universitäten werden systematisch „Expertendatenbanken“ ausgebaut, die via Internet anzeigen, welche Professoren der Öffentlichkeit auf welchen Gebieten für „Wissenstransfer“ zur Verfügung stehen. Zum anderen haben sich universitäre Experten mittlerweile zu einem wesentlichen Bestandteil der Vermarktungs- und Publikationsstrategie der Medien gemauert, auf den diese kaum noch verzichten können. Im Zusammenhang mit Schließungsplänen für das Fach Politikwissenschaft in Göttingen – die angeblich unter anderem auf den Unmut des Universitätspräsidenten über die allzu häufige Medienpräsenz einiger Göttinger Politikwissenschaftler („Feuilletonprofessoren“) zurückzuführen war (Friedmann 2006) – fragte beispielsweise Martin Spiewak (2005) in der „Zeit“, wie die Feuilletons ihre „Seiten füllen“ sollten, „wenn Wissenschaftler statt Zeitungsartikeln wieder mehr Fachaufsätze schreiben müssen“. Auch dies ist sicherlich eine Zuspitzung. Richtig ist aber auch, dass heute vor dem Hintergrund des grundlegend veränderten Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Gesellschaft „selbst die ‚reinste‘ Grundlagenforschung (...) in Anwendungskontexten“ stattfindet und insofern „Anwendung (...) zum allgegenwärtigen gesellschaftlichen Imperativ für die Forschung geworden“ ist (Nowotny 1999: 50).

10 Zur US-amerikanischen Diskussion vgl. Walt (2005) sowie den Überblick zur sogenannten „Perestroika“-Debatte in der Fachvereinigung der US-amerikanischen Politikwissenschaftler bei Cumings/Jacobsen (2006).

11 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Bürger/Gadinger in diesem Band.

Dies spiegelt sich, viertens, auch darin, dass vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher Anforderungen auch das breitere Wissenschaftssystem selbst die Bezüge zur Praxis gestärkt sehen will. Besonders deutlich geworden ist dies im Zusammenhang mit der vom Bundestag 2004 beschlossenen und seither vom Wissenschaftsrat vorangetriebenen systematischen Evaluation der sogenannten „Ressortforschung“.¹² Bereits im Zuge der Diskussion über die Errichtung einer „Nationalen Akademie“ hatte der Wissenschaftsrat eingeräumt, „dass von der Wissenschaft zunehmend erwartet wird, Politik und Gesellschaft in kontroversen Fragen wissenschaftlich zu beraten, die notwendige politische Unabhängigkeit und wissenschaftliche Qualität der Beratung hingegen nicht immer gewährleistet ist. (...) Für die Wissenschaft selbst stellt sich damit die Herausforderung einer ständigen Beobachtung, Gestaltung und auch Neubestimmung ihrer Beziehungen zu Gesellschaft und Politik“.¹³ Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die im Rahmen der Evaluation der Ressortforschung erhobene Forderung, dass „eine qualitativ hochwertige wissenschaftliche Politikberatung“ nun aber gerade nicht mit einem verkürzten Begriff von „Praxisrelevanz“ (im Sinne einer starken Differenz zu theorieorientierter Forschung) gleichgesetzt werden dürfe. Praxisrelevante Forschungsergebnisse müssten vielmehr „weitgehend auf originären Forschungsarbeiten beruhen und über den engen Beratungshorizont hinaus den Erkenntniszielen der *scientific community* dienen“ (Wissenschaftsrat 2004b: 52-53). Die Deutlichkeit dieser Forderung nach einer systematischen Verknüpfung wissenschaftlicher Beratung mit originärer, wissenschaftsinterne Erkenntnisziele fördernder Forschung ist in diesem Zusammenhang umso bemerkenswerter als die politische Initiative zur Evaluation der Ressortforschung gerade darauf abzielte, eine „aufgabenkritische Überprüfung“ der Ressortforschung vorzunehmen und dabei vor allem „die Notwendigkeit eigenständiger wissenschaftlicher Forschung“ zu bewerten (Deutscher Bundestag 2004) – eine

12 Unter „Ressortforschung“ werden jene Forschungseinrichtungen zusammengefasst, die zu meist Ministerien als staatliche Behörden zugeordnet sind und diesen wissenschaftlich fundierte Entscheidungshilfen zur Erfüllung ihrer Sachaufgaben zur Verfügung stellen sollen. Auf Bundesebene werden derzeit 52 Einrichtungen dieses Typs gelistet, die jährlich etwa 1,3 Mrd. Euro an Mitteln zur Verfügung haben. Aus dem Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zählen hierzu u.a. die dem Bundeskanzleramt zugeordnete „Stiftung Wissenschaft und Politik“ sowie ein knappes Dutzend primär ingenieur- bzw. naturwissenschaftlich ausgerichtete Institute, die dem Bundesministerium für Verteidigung zugeordnet sind; lediglich das „Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr“ in Strausberg sowie das in Potsdam ansässige „Militärgeschichtliche Forschungsamt“ sind den Sozialwissenschaften zuzuordnen; vgl. Arbeitsgemeinschaft der Ressortforschungseinrichtungen (2006) sowie Hohn/Schimanck (1990, Kap. 8); vgl. zum Hintergrund dieser Initiative Schwägerl (2004). Als „typische Forschungsformen“ der Ressortforschung listet der Wissenschaftsrat die folgenden vier: „(a) observierende Forschung für die Planungsberatung, (b) technische Normung, (c) kurzfristige Forschungs- und Rechercheaufträge sowie (d) Vorsorgeforschung mit längerfristiger Perspektive“ (Wissenschaftsrat 2004b: 11).

13 Vgl. Wissenschaftsrat 2004a: 5-6. Auch im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zählen „gesellschaftliche und wirtschaftliche Relevanz“ zu den acht explizit genannten Auswahlkriterien (vgl. DFG/Wissenschaftsrat 2005: 2).

Forderung, die angesichts der entsprechenden Rahmung in Teilen des Bundestages auf eine Begrenzung der Ressortforschung auf unmittelbar praxisrelevante Fragen nahezulegen schien. Genau diesem Ansinnen will sich der Wissenschaftsrat in der noch laufenden Evaluierung aber gerade nicht anschließen. Vielmehr legen die bislang vorliegenden Evaluationen den Schluss nahe, dass zwar einerseits die Grenzen zwischen universitärer Forschung auf der einen und der Ministerialbürokratie zugeordneten, stärker anwendungsorientierter Forschung auf der anderen Seite klarer gezogen werden sollen, andererseits aber auch wissenschaftsinterne Standards, wie sie bislang primär im universitären Umfeld gepflegt werden, sukzessive auf diesen Bereich der Ressortforschung ausgedehnt werden sollen.

Die positive Evaluation des dem Bundeskanzleramt zugeordneten „Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit – Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) in Berlin ist in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse.¹⁴ In seinem Gutachten stellte der Wissenschaftsrat insbesondere heraus, dass es der SWP – nicht zuletzt wegen ihrer (im Vergleich zu anderen Ressortforschungseinrichtungen) stärkeren institutionellen Unabhängigkeit aufgrund ihres Status als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts – „überzeugend“ bzw. „vorbildlich“ gelinge, „unabhängige Eigenforschung mit wissenschaftsbasierten Dienstleistungen“ zu verbinden und damit auch „als wichtiges Verbindungsglied zwischen Theorie und Praxis von Außen- und Sicherheitspolitik“ zu fungieren (Wissenschaftsrat 2006: 7, vgl. auch S. 10-11, 20, 47). Wie sehr allerdings an manchen Stellen primär wissenschaftsinterne Standards zum Maßstab gemacht werden, verdeutlichen die Empfehlungen, die der SWP nahe legen, ihre „für Politik und Wissenschaft gleichermaßen interessanten Forschungsergebnisse (...) verstärkt auch in die fachwissenschaftliche Öffentlichkeit hineinzutragen“ und „hierfür vor allem den Anteil an Publikationen in referierten Zeitschriften“ zu erhöhen (Wissenschaftsrat 2006: 12, vgl. auch S. 8, 36, 60). Dies wird allerdings nicht einfach zu realisieren sein, denn wie die vom Wissenschaftsrat explizit gelobte Konzentration auf „Vorlaufforschung“ als zentralem Teil der SWP-Forschungsarbeit (Wissenschaftsrat 2006: 33, 48) mit den gängigen Anforderungen referierter IB-Zeitschriften an theorieorientierte Aufsätze in Einklang zu bringen sind, wird nicht weiter thematisiert¹⁵. Sieht man von diesem Aspekt ab, ergeben die diversen Wissenschaftsrats-Evaluationen der Ressortforschungseinrichtungen ein recht klares Muster, das die wissenschaftliche Politikberatung insbesondere an wissenschaftsinterne Standards rückgebunden sehen will. Für die universitäre IB ist das zumindest insofern hilfreich als damit auch von ihrer Seite her die Verbindung zwischen theorie- und anwendungsorientierter Forschung erleichtert wird.

14 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Sebastian Enskat in diesem Band. Gute Überblicke zur außeruniversitären Politikberatung im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland liefern Braml (2004) sowie Thunert (2006).

15 Vgl. hierzu auch die Diskussion bei Sebastian Enskat in diesem Band, insbesondere zu den Einschätzungen der Mitarbeiter der SWP zum Verhältnis zwischen Publikationen in referierten Zeitschriften und wissenschaftlichen Dienstleistungen gegenüber Regierung und Parlament.

4. Bilanz und Perspektiven

Auch wenn das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis für die Politikwissenschaft im Allgemeinen und die IB im Besonderen in den letzten Jahrzehnten kaum Gegenstand der fachinternen Selbstverständigung war, ist dies keineswegs als Beleg für ein gespanntes Verhältnis zu interpretieren. Im Gegenteil, die vorangehende Diskussion lässt sich vielmehr in dem Sinne zusammenfassen, dass sich das Verhältnis aus dem Blickwinkel beider Seiten in den letzten beiden Jahrzehnten geklärt und professionalisiert hat – und zwar im Sinne einer Verstärkung zweier Trends, die auf den ersten Blick in entgegengesetzte Richtungen zu weisen scheinen: Die anhaltende Verwissenschaftlichung der Politikberatung im Bereich der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen geht einher mit einem wachsenden Bewusstsein in der universitären IB-Forschung, dass die Fokussierung auf Theorieorientierung einer Ergänzung im Hinblick auf Anwenderinteressen bedarf. Dies impliziert, dass die wechselseitige Wertschätzung für unterschiedliche Arten wissenschaftlichen Arbeitens (etwa in politiknahen Instituten wie der SWP im Vergleich zur universitären Forschung) verbessert werden kann, ohne dass damit eine Verwischung der notgedrungen bestehenden Grenzen einherginge. Denn auch wenn die Zusammenarbeit zwischen außeruniversitären und universitären Einrichtungen (wie etwa im Kontext des neuen SFB „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ in Berlin) ausgebaut wird, bedeutet dies nicht, dass die Profile sich angleichen. Einrichtungen wie die HSK oder die SWP werden auf absehbare Zeit selbst dann in stärkerem Maße als die universitäre IB auf die praktische Politik bzw. eine breitere Öffentlichkeit ausgerichtet bleiben, wenn sie, wie vom Wissenschaftsrat empfohlen, weiterhin bzw. vermehrt in referierten Fachzeitschriften publizieren. Dies legt u.a. ein Vergleich der Publikationstätigkeit von SWP, HSK und universitärer IB aus den letzten Jahren nahe (vgl. Tabelle 1). Als wichtigstes Unterscheidungsmerkmal universitärer und außeruniversitärer Publikationstätigkeit treten dabei (a) Veröffentlichungen in referierten Zeitschriften bzw. Monographien bzw. Aufsätze in Sammelbänden mit Begutachtungsverfahren sowie (b) Medienbeiträge hervor. Erstere sind deutlich wichtiger für Wissenschaftler an Universitäten, letztere für Wissenschaftler, die in außeruniversitären Einrichtungen stärker im Hinblick auf konkrete Anwendungs-

Tabelle 1 : Publikationstätigkeit von SWP, HSFK und ausgewählten universitären IB-Forschern

Art der Publikation	Jahr	SWP ^a	Ø pro Jahr	Ø pro Person pro Jahr ^b	HSFK ^c	Ø pro Jahr	Ø pro Person pro Jahr ^d	IB ^e	Ø pro Jahr	Ø pro Person pro Jahr
Monographien	2001				1			1		
	2002	26	20,7	0,3	5	4,3	0,1	6	3	0,2
	2003	21			7			4		
	2004	15						1		
Beiträge in Sammelbänden	2001				39			49		
	2002	103	107,3	1,5	41	53,7	1,4	43	51,7	2,7
	2003	112			81			53		
	2004	107						62		
Medienbeiträge ^f	2001							0		
	2002	90	136,3	2				6	6	0,3
	2003	184						6		
	2004	135						12		
Aufsätze in referierten Zeitschriften	2001				6			11		
	2002	4	6,7	0,1	5	9,7	0,3	13	16,8	0,9
	2003	9			18			22		
	2004	7						21		

Art der Publikation	Jahr	SWP ^a	Ø pro Jahr	Ø pro Person pro Jahr ^b	HSEK ^c	Ø pro Jahr	Ø pro Person pro Jahr ^d	IB ^e	Ø pro Jahr	Ø pro Person pro Jahr
Monographien und Aufsätze in Sammelbänden mit Begutachtungsverfahren ^g	2001							5		
	2002							7		
	2003							22	9,5	0,5
	2004							4		
Aufsätze in nicht referierten Zeitschriften	2001				15			17		
	2002	80		1,1	12			14		
	2003	96	77,7		23	16,7	0,4	18	17	0,9
	2004	57						19		
Beiträge zu hauseigenen Schriften / Publikationen im Eigenverlag	2001				21			13		
	2002	120		2,1	23			11		
	2003	140	144,7		27	23,7	0,6	15	11,3	0,6
	2004	174						6		
Interne Stellungnahmen / Politikpapiere	2001							3		
	2002	50		2				1		
	2003	98	67					4	3,3	0,2
	2004	53						5		

Anmerkungen zu Tabelle 1:

^a Die Daten für die SWP sind entnommen aus Wissenschaftsrat (2006: 36). Ausgewertet wurde lediglich die Publikationstätigkeit der Jahre 2002 bis 2004.

^b Zur Berechnung des Durchschnittswerts wurden als Grundgesamtheit 69 Wissenschaftler vorausgesetzt. Diese Zahl entspricht den tatsächlich besetzten Stellen der SWP für wissenschaftliches Personal im Forschungsbereich (Stand 31.12.2004), vgl. Wissenschaftsrat (2006: 70).

^c Die Daten für die HSFK sind entnommen aus Wissenschaftsrat (2005: 27). Ausgewertet wurde lediglich die Publikationstätigkeit der Jahre 2001 bis 2003.

^d Zur Berechnung des Durchschnittswerts wurden als Grundgesamtheit 38 Wissenschaftler vorausgesetzt. Diese Zahl entspricht den tatsächlich besetzten Stellen für wissenschaftliches Personal in allen fünf Programmbereichen der HSFK (Stand 1.9.2004), vgl. Wissenschaftsrat (2005: 51).

^e Die Daten für die universitäre IB-Forschung wurden auf der Grundlage von Publikationsverzeichnissen der 19 Autoren erstellt, die einen Beitrag im Sammelband „Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland“ (Hellmann/Wolf/Zürn 2003) veröffentlicht haben; zu den Autoren dieses Bandes vgl. http://www.nomos.de/nomos/d/recherche/titel_rech/action.lasso?-database=titel.fp3&-layout=internet&-response=/nomos/d/recherche/titel_rech/tit_detail.lasso&ISBN=3-8329-0320-8&-search.

^f Für die HSFK liegen keine detailliert aufgeschlüsselten Daten zu den Medienbeiträgen vor. Allerdings vermerkt das Gutachten des Wissenschaftsrats „ca. 500 Medienkontakte“ pro Jahr für die HSFK insgesamt. Zudem verweist der Wissenschaftsrat darauf, dass damit „teilweise erhebliche Arbeitsbelastungen“ einhergehen (Wissenschaftsrat 2005: 28, 47). In den Publikationsverzeichnissen der IB-Forscher aus dem universitären Bereich sind Medienbeiträge nur selten aufgeführt. Die Werte in dieser Kategorie sind für die universitäre IB deshalb nur von sehr begrenzter Aussagekraft. Allerdings lässt bereits die Nichterwähnung den Schluss zu, dass diese Beiträge für die Wissenschaftler selbst keine große Bedeutung haben.

^g Der Wissenschaftsrat hat nicht explizit unterschieden, ob Monographien oder Beiträge in Sammelwerken in einer begutachteten Reihe erschienen sind. Deshalb können für SWP und HSFK in dieser Kategorie keine Aussagen getroffen werden.

kontexte forschen.¹⁶ Da diese unterschiedlichen Aufgabenstellungen allgemein anerkannt werden, ist nicht zu erwarten, dass sich hier auf absehbare Zeit gravierende Veränderungen ergeben könnten.

Auch wenn die Forschungslandschaft im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der internationalen Beziehungen damit weit übersichtlicher und geordneter erscheinen mag als gemeinhin angenommen, bedeutet dies nicht, dass sich nicht auch Trends bzw. Probleme identifizieren lassen, die mittelfristig zu Veränderungen führen könnten. Vier sollen an dieser Stelle abschließend herausgegriffen werden.

Ein erster Trend manifestiert sich in einer beträchtlichen Ausweitung einer neuen Form unternehmerischer Politikberatung, die sich selbst als Erweiterung profitorientierten Lobbyings begreift. Insbesondere mit dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin hat diese Form privatisierter Politikberatung erheblichen Zulauf bekommen. Zum geflügelten Wort ist in diesem Zusammenhang die Aussage des früheren Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Alfred Tacke, bei einem Vortrag auf der Jahrestagung des „Vereins für Socialpolitik“ geworden. Anstelle von wissenschaftlichen Instituten, so Tacke, frage er „lieber Unternehmensberater wie McKinsey oder Berger“, wenn er „schnell ein Politikkonzept“ brauche (Bittner/Niejahr 2004). Diesem Verständnis zufolge wird Politikberatung im wesentlichen über drei „Tätigkeitsfelder“ definiert (Deutsche Gesellschaft für Politikberatung 2005: 6-10; vgl. auch Althaus 2005): (1) „Kampagnenberatung“ mit dem Ziel der „Erzeugung und Vermittlung von politischen Botschaften, die bei bestimmten Zielgruppen hohe Aufmerksamkeit und Zustimmung generieren sollen“; (2) „Politikfeldberatung“ als „strategische Beratung von Organisationen und Entscheidungsträgern, um in einem bestimmten Handlungsfeld der Politik Lösungsvorschläge durchzusetzen und bestimmte inhaltliche Ziele langfristig zu erreichen“; sowie (3) „Public Affairs“ als „strategisches Management von Entscheidungsprozessen im Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“. Dieses veränderte Verständnis von Politikberatung

16 Bei der Erstellung dieser Tabelle wurde auch der Versuch unternommen, vergleichbare Daten vom „Centrum für angewandte Politikforschung“ (CAP) in München zu erhalten. Die über das Internet verfügbaren Angaben waren allerdings nicht ausreichend. In einer e-mail teilte Jürgen Turek, der Geschäftsführer des CAP, mit, dass die Mitarbeiter des CAP seit 2000 im Schnitt pro Jahr etwa 250 Veröffentlichungen in „Printmedien“ (Tageszeitungen, Wochenzeitungen oder Fachzeitschriften) sowie weitere 250 Veröffentlichungen in der Form von Fernseh- oder Radiointerviews sowie Internetveröffentlichungen vorzuweisen hätten. Allem Anschein nach liegt damit der Anteil der Medienbeiträge noch höher als bei der SWP, während umgekehrt davon auszugehen ist, dass die Veröffentlichungen in referierten Fachzeitschriften sehr gering ausfallen. Dies hängt wesentlich mit dem Politikberatungsverständnis des CAP zusammen, das, Josef Janning zufolge, nicht zuletzt darauf beruht, Einfluss und Reputationsgewinne dadurch zu sichern, dass „die Medien unsere Botschaft zu den Entscheidungsträgern transportieren“ (zit. nach Braml 2004: 216). Zum Politikberatungskonzept des CAP vgl. auch Weidenfeld/Turek (2003).

spiegelt sich ansatzweise auch bei einigen neuen Beratungsagenturen im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik.¹⁷ Da in der öffentlichen Diskussion kaum zwischen unterschiedlichen Formen der Politikberatung unterschieden wird, verwischen sich damit zunehmend die Grenzen zwischen wissenschaftlicher und nicht-wissenschaftlicher Beratung. Für die politikberatende Wissenschaft stellt sich damit die Herausforderung, wie sie ihre Reputation sichern kann (Nullmeier 2006: 97-99). Ein bedenkenswerter Vorschlag, der in diesem Zusammenhang gemacht wurde, verweist auf eine Ausweitung erfolgreicher akademischer Selbstkontrolle, wie sie etwa im wissenschaftlichen *Peer-Review* „innerhalb und außerhalb der Fachzeitschriften“ betrieben wurde (Neidhardt 2006: 152; vgl. auch Weingart 2006: 73-75).

Ein weiteres Problem, das sich insbesondere aus der Empfehlung des Wissenschaftsrats an außeruniversitäre Einrichtungen wie HSK oder SWP ergibt, zunehmend in referierten Fachzeitschriften zu publizieren und dementsprechend auch bei einschlägigen wissenschaftlichen Forschungsförderungseinrichtungen wie der DFG Drittmittelanträge einzureichen, könnte sich in der Form einer verschärften Konkurrenz zwischen außeruniversitärer und universitärer Forschung um diese seltenen Ressourcen stellen. Konkurrenz ist für sich genommen sicherlich begrüßenswert, sie könnte aber dann zu Lasten der universitären IB gehen, wenn für diese nicht parallel auch über die Möglichkeit einer Öffnung bislang verschlossener staatlicher Drittmittelfinanzierungsquellen nachgedacht wird, wie sie anfangs im Zuge der Evaluation der Ressortforschung diskutiert wurden. So hat etwa der Wissenschaftsrat in seiner ersten Untersuchung zur Ressortforschung zustimmend auf die Praxis in der Schweiz und in den Niederlanden Bezug genommen, nicht nur die Ressortforschung verstärkt auf den „freien Drittmittelmarkt“ zu verweisen, sondern auch umgekehrt „die Forschung, die bisher in Ressortforschungseinrichtungen konzentriert war, dem Wettbewerb zu öffnen“ und eine „offene Auftragsvergabe im Wissenschaftssystem“ zu erproben. Als Begründung führte der Wissenschaftsrat mit Verweis auf die Niederlande und die Schweiz unter anderem an, „dass die eindimensionale institutionelle Verankerung der Politikberatung der wissenschaftlichen Realität nicht mehr gerecht wird und daher die Beratungsbasis verbreitert werden“ sollte (Wissenschaftsrat 2004b: 68, 6, 45; vgl. auch Schwägerl 2004). In dem Maße, in dem sich die universitäre IB-Forschung für eine stärkere Ausrichtung ihrer (weiterhin primär theorieorientierten) Forschung an Anwendungsbezügen öffnet und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen am primär nach wissenschaftsinternen Kriterien organisierten

17 Zumindest die Markt-Analogie findet neuerdings auch Resonanz bei Einrichtungen, die sich bislang primär wissenschaftlicher Politikberatung verpflichtet fühlten; vgl. hierzu die Einschätzung des Forschungsdirektors der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Eberhard Sandschneider, der sich nicht in der Rolle „eines im stillen Kämmerchen sitzenden Hochschullehrers“ sieht, sondern als „Manager“ begreift und auch sein Institut „als ein Unternehmen“ führt, das „auf einem immer härter umkämpften Markt“ bestehen muss (zit. nach Althaus/Meier 2004: 35; vgl. ferner S. 23-25 und 33-35). In seinem Gutachten zur SWP hat sich der Wissenschaftsrat auch zur „möglicherweise zukünftig wachsende(n) Konkurrenz zu privaten Anbietern“ geäußert. Dabei stellte er es als großen Vorzug der SWP heraus, dass sie eine „klare Distanz zur advokatorischen Politikberatung“ pflegt (Wissenschaftsrat 2006: 50).

Drittmittelmarkt partizipieren, wäre daher auch eine Vergabe von staatlichen Forschungsaufträgen mit einem mittel- und langfristigen Horizont auf dem freien Markt begrüßenswert.

Ein bearbeitungsbedürftiges Problem stellt sich, drittens, weiterhin im Blick auf die Vermittlung der Ergebnisse theorieorientierter wissenschaftlicher Forschung, wie sie sich insbesondere in Fachzeitschriften findet, und relevanten Anwendungskontexten. Dies ist sowohl ein Problem der Synthetisierung wie auch der Übersetzung. Mit Synthetisierung ist hier die Aufgabe gemeint, angesichts einer stetigen Zunahme wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Wissens strukturierende Überblicke über größere Wissensfelder zu erstellen. Dies ist gerade unter Beratungsgesichtspunkten bedeutsam und nützlich, weil schon alleine durch die bloße Auflistung alternativer Beschreibungen und Standpunkte eine wichtige Funktion wissenschaftlicher Beratung erfüllt wird.¹⁸ Die IB-Forschung selbst kommt dieser Anforderung bislang nur ungenügend nach (vgl. Hellmann 2003). Aber auch die Übersetzung von primär an ein fachwissenschaftliches Publikum adressierten Veröffentlichungen für eine breitere Leserschaft bleibt dasselbe „weithin ungelöste Problem“, als das es schon Habermas (1968[1963]: 130) benannt hatte. Die SWP hat hier zwar in den letzten Jahren mit der Broschüren-Reihe „SWP-Zeitschriftenschau“ – einer thematisch fokussierten Übersicht über Aufsätze aus Fachzeitschriften – in einem Teilbereich ein wichtiges Medium geschaffen, das diese Lücke füllen hilft, dies reicht allerdings noch nicht aus. Insbesondere die IB selbst ist hier gefordert, Foren zu schaffen und füllen zu helfen, die sich um eine Übersetzung neuer Forschungsergebnisse für eine breitere Öffentlichkeit zumindest in wichtigen Kernbereichen bemühen.¹⁹ Denn gerade unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten ist die Gesellschaft als Ganzes (und weniger die politische Elite in den Zentren der Macht) der primäre Adressat wissenschaftlicher Beratung. Eine wichtige Funktion, die der Wissenschaft sowohl gegenüber der Politik wie auch der Öffentlichkeit zukommt, ist es dabei nach wie vor, ihre Erfahrungen mit Begriffsbildungen einzubringen und mit Hilfe komplexitätsadäquater Begrifflichkeiten zu einer differenzierteren Erfassung von Welt beizutragen.²⁰

Als letzte und wohl schwierigste Herausforderung bleibt schließlich, viertens, die keineswegs neue Frage, wie vor dem Hintergrund der eingangs diskutierten Veränderungen im Verhältnis zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft eine Verständigung darüber hergestellt werden kann, was die wichtigsten *erforschenswerten Probleme* im Feld der internationalen Beziehungen sind. Auch dies ist eine Frage, die sich für alle Wissenschaften mit neuer Dringlichkeit stellt, denn für alle war es

18 Vgl. hierzu die Beiträge von Renate Martinsen und Oliver Kessler in diesem Band.

19 Vgl. hierzu auch Hellmann/Müller (2003: 382). Die Öffnung der „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“ in jüngerer Zeit für unterschiedliche aktualitätsbezogene Symposien ist ein begrüßenswerter Schritt; vgl. hierzu etwa das Symposium zu Krise der Europäischen Union nach dem gescheiterten Verfassungsvertrag in Ausgabe 2/2005.

20 Vgl. bereits Luhmann (1977: 37) sowie Nullmeier (2006: 86-87); vgl. ferner Abschnitt 3 im Beitrag von Oliver Kessler in diesem Band.

unter Bezug auf die Autonomie der Wissenschaft lange Zeit selbstverständlich, dass sie die ihr erforschenswert erscheinenden Probleme selbst definieren. Diese Abkoppelung vom gesellschaftlichen Diskurs wird heute nicht mehr so selbstverständlich akzeptiert (Gibbons 1994; Nowotny 1999; Nowotny/Scott/Gibbons 2001). Die neuere, letztlich auf das alte pragmatistische Modell der Politikberatung (Habermas 1968[1963]) zurückgehende Forderung nach einer „demokratisierten“ Politikberatung setzt hier an. Zwei Konkretisierungen werden hier unterschieden (vgl. Weingart 2006:78-83): das „partizipatorische Modell“, das die allgemeine Öffentlichkeit, besonders in der Form von „Laien“ in die Politikberatung einbeziehen will. Als berücksichtigungsfähig gelten diese insbesondere dann, wenn sie über ein hinreichendes Maß an „interaktionsfähiger Expertise“ verfügen, um an einem Beratungsprozess aktiv teilzunehmen (Collins/Evans 2002: 254). Für die wichtigsten Fragen der internationalen Beziehungen (etwa in den Feldern von Krieg und Frieden bzw. Armut und Reichtum) wäre diese Bedingung gewiss für eine große Anzahl von „Laien“ zu erfüllen. Im „korporatistischen Modell“ stehen demgegenüber betroffene Interessengruppen bzw. von diesen benannte Experten im Mittelpunkt. Im deutschen Fall sind aus der jüngeren Zeit insbesondere die Rürup- und die Hartz-Kommissionen als Beispiele zu nennen, mit gewissen Einschränkungen aus dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik auch die sogenannte Weizsäcker-Kommission zur Reform der Bundeswehr (Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ 2000).

Alle diese Forderungen nach einer Demokratisierung der Politikberatung sind natürlich intuitiv zustimmungsfähig. Gerade weil aber häufig weder die Rekrutierung der beteiligten Laien und Experten einem sowohl wohl begründeten wie auch transparenten Auswahlverfahren genügt, noch geklärt ist, wie „das Verhältnis zwischen Repräsentation des Wissens und seiner verschiedenen Ausprägungen gegenüber der Repräsentation von Interessen zu balancieren“ ist (Weingart 2006: 83), gilt weiterhin die Habermas'sche Feststellung, dass solche zustimmungsfähigen „*prinzipiellen Erwägungen* (...) nicht darüber hinwegtäuschen, dass die *empirischen Bedingungen* für die Anwendung des pragmatistischen Modells fehlen“ (Habermas 1968[1963]: 138, Hervorhebung im Original).

Dies gilt noch verschärft für das Feld der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der internationalen Beziehungen, weil sich hier sowohl größere strukturelle Wissensasymmetrien zwischen unterschiedlichen Wissensproduzenten (z.B. universitäre IB und Nachrichtendienste) wie auch zusätzlich erhöhte Hürden für eine genuine Beratung unter diesen Wissensproduzenten (z.B. aufgrund von Geheimhaltungsvorschriften) ergeben. Hinzu kommt – und das ist noch gravierender –, dass nicht selten bereits die *Formulierung eines erforschenswerten Problems* selbst ein weitreichender politischer Akt ist. In der Sicherheitsforschung etwa gehört es mittlerweile zum allgemeinen Wissen, dass jeder Sprechakt der Versicherunglichung („X stellt (k)eine Bedrohung dar“) schon deshalb hochpolitisch ist, weil die Searle'sche sprechakttheoretische Unterscheidung in „Assertive“ (Behauptungen über Dinge in der Welt) und „Direktive“ (Wünsche, Forderungen und Empfehlungen) durch die Situationsbeschreibung selbst unterminiert wird. Für die Politik sowie eine advokatorische

Politikberatung ist dies im Vergleich zur (universitären und außeruniversitären) Wissenschaft kein größeres Problem. Ganz im Gegenteil: beide Klassen von Sprechakten bedingen einander und sind gleichsam konstitutiv für (sicherheits-)politisches Handeln. Für die Wissenschaft, die sich in ihrem Selbstverständnis auf Asseritive konzentriert, ist dies allerdings höchst problematisch, weil ihr Kerngeschäft gerade die Prüfung der Richtigkeit und Angemessenheit einer Behauptung ist, genau dies im Falle von Sprechakten der Versicherunglichung aber kaum möglich ist.

Gegenwärtig stellt sich dieses Problem in einer neuen Deutlichkeit u.a. deshalb, weil die Bundesregierung in naher Zukunft eine „nationale Strategie zur Sicherheitsforschung“ veröffentlichen und für alle Wissenschaften „bis 2010 mit einem Förder-volumen von mehr als 100 Millionen Euro“ ausstatten will. Auch die „Gesellschafts- und Geisteswissenschaften“ sollen daran beteiligt werden. Es ist allerdings völlig offen, wie eine solche Beteiligung für die durchaus einschlägige IB aussehen könnte, wenn auf der einen Seite sowohl „Ursachen der Radikalisierung und der Entstehung von Bedrohungen“ ergebnisoffen untersucht wie auch „verstärkt Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Ursachenforschung umgesetzt“ werden sollen, dies gleichzeitig aber auch mit einer Beschreibung der Gegenwart verknüpft wird, derzufolge Deutschland bereits jetzt „den neuen Bedrohungen in besonderem Maße ausgesetzt“ ist (alle Zitate nach Schavan 2006, Hervorh. hinzugefügt). Und noch schwieriger stellt sich die Situation dar, wenn in dieser Hinsicht Forschungsergebnisse mit Politikempfehlungen verknüpft werden sollen.

Diese Konstellation ist allerdings nicht neu und sie stellt eine unüberwindliche Hürde auch nur dann dar, wenn im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik die „prinzipiellen Erwägungen“ einer „von Herrschaft freien Kommunikation“ (Habermas 1968[1963]: 138) erfüllt werden *könnten*. Da die Beratungssituation zwischen Wissenschaft und Politik jedoch als „Machtkommunikation“ (Weingart 2006: 77) zu denken ist, kann die Meßlatte deutlich niedriger gehängt werden. Welche Probleme erforschenswert sind und wie ihre Erforschung aussehen sollte, stellt sich dann als vergleichsweise unproblematisch dar, wenn drei Rahmenbedingungen als konstitutiv für das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der modernen Wissensgesellschaft akzeptiert werden können: (a) dass es weiterhin gute Gründe gibt, systematisch zwischen „Wissen“ und „Entscheiden“ zu unterscheiden; (b) „dass das, was wir als wissenschaftliches Wissen herstellen, immer nur in Form von lokalem Wissen hergestellt werden kann“ (Nowotny 1999: 83), d.h. dass wir notgedrungen mit konkurrierenden Wissensangeboten leben müssen; und dass es daher (c) wesentlich darauf ankommt, sowohl unsere „Wissensordnungen“ (Weingart) so zu organisieren, dass möglichst viele einschlägig ausgewiesene Wissensproduzenten an der Regulierung der Wissensbestände beteiligt werden wie auch institutionell dafür Sorge zu tragen, dass *Forschung* – im Dewey’schen Sinne von *Forschung als Erfahrungszusammenhang*²¹ – als fortlaufender Prozess organisiert wird.

21 Vgl. Dewey (1965[1938]: 23-52) sowie zum Hintergrund Joas (1992).

5. Überblick über die Beiträge dieses Bandes

Dieser Sammelband beleuchtet die Herausforderungen, die mit solchen Erwartungen einhergehen aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Er vereinigt sowohl theoretische Beiträge über den Gegenstandsbereich der internationalen Beziehungen und den sich daraus ergebenden Implikationen für das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis wie auch solche, die das Verhältnis zwischen beiden empirisch untersuchen, sei es aus einer externen oder einer teilnehmenden Beobachter-Perspektive.

Der Beitrag von *Kai Buchholz* liefert aus dem Blickwinkel eines Wissenschaftsforschers einen Überblick über die neuere Forschung zur Politikberatung sowie einschlägige Ansätze aus der Debatte über die Wissensgesellschaft. Für die Wissensgesellschaft, so Buchholz, lässt sich dabei zwar eine Zunahme von eigendeterminierter Wissensproduktion in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen und unter Verwendung sowohl wissenschaftlichen wie auch anderen Wissens beobachten. Ein völliger Relevanzverlust der Wissenschaft oder gar eine Entdifferenzierung der Wissenschaft lasse sich daraus aber nicht ableiten. Basierend auf der Diagnose, dass sich in der Wissensgesellschaft viele Orte der Wissensproduktion außerhalb der Wissenschaft bilden, begreift er wissenschaftliche Politikberatung als Arrangement von Orten der Wissens- und Empfehlungsproduktion für die Politik, an denen wissenschaftliches Wissen in politisch anschlussfähiges Wissen transformiert wird. Politikberatung ist insofern nicht als Prozess zu verstehen, in dem Wissen an die Politik „weitergegeben“ wird. Vielmehr sollte sie (in Anlehnung an Niklas Luhmann) als Kommunikationsprozess begriffen und als solcher mit seinen spezifischen Eigenschaften analysiert werden.

Auch die Beiträge von *Renate Martinsen* und *Oliver Kessler* rekurren wesentlich auf Luhmann, um ihr Verständnis von Politikberatung in spezifischen Kontexten der internationalen Beziehungen zu explizieren. In Abgrenzung zum Habermasianischen pragmatistischen Politikberatungsmodell entwickelt Martinsen im Anschluss an Luhmann ein auf einem erkenntnistheoretischen Konstruktivismus basierendes „systemisches“ Politikberatungsmodell. Anstelle gängiger Versuche, zwischen Wissenschaft und Politik „Brücken“ zu schlagen bzw. nach möglichst authentischer „Übersetzung“ zu streben, schlägt sie eine Beschreibung der Interaktion von Wissenschaft und Politik vor, die „Distanz und Differenz privilegiert“. Mit einer solchen Beschreibung veränderten sich auch die Wahrnehmungshorizonte der Politikberatung: Weil Wahrheit unhintergebar einen Zeitkern aufweise und die Phänomene der Weltgesellschaft konkurrierende Lesarten zuließen, würde Reflexivität zur zentralen Kategorie einer konstruktivistisch angeleiteten Politikwissenschaft, die als Beobachtung zweiter Ordnung insbesondere auf eine Steigerung der Irritations- und Resonanzfähigkeit von Politik abziele. In empirischer Hinsicht untersucht Martinsen die Implikationen eines solchen Politikberatungsverständnisses am Beispiel der *Global Governance*-Diskussion. Ausgehend von der Annahme der Erosion der Trennungen zwischen Innen- und Außenpolitik, untersucht sie, ob sich die auf nationaler Ebene auffindbaren neuen kommunikativen Formen einer sozial erweiterten Politikberatung in Ansätzen auch bei der Betrachtung des Regierens

jenseits des Staates auffinden lassen. Sie entwickelt dabei die These, dass sich in der komplexen Spätmoderne ein Wandel der Formen und Funktionen der Politikberatung beobachten lasse, der auch zur Herausbildung neuer kommunikativer Politikformen auf transnationaler Ebene geführt habe. Klassische Vorstellungen wie sie sich vor allem in Habermasianischen Vorstellungen eines deliberativen Beratungs- und Politikmodells fänden, seien zur Beschreibung dieser Veränderungen nicht mehr angemessen, weil sie den Komplexitätsgrad der Weltgesellschaft verfehlten. Die Luhmann'sche Theoriefigur der „strukturellen Kopplung“ erscheint Martinsen demgegenüber geeignet, einen möglichen Beitrag von kommunikativen Formen transnationaler Politikberatung zum *Global Governance*-Konzept zu plausibilisieren.

Auch *Oliver Kessler* diskutiert in seinem Beitrag die Grenzen und Möglichkeiten von reflexiver Politikberatung aus systemtheoretischer Perspektive. Ausgangspunkt seiner Diskussion ist die Kritik an einer rein dogmatischen Anwendung der Systemtheorie für Fragen der Politikberatung. Im Kontrast zu Buchholz und Martinsen konzentriert sich Kessler in der Entwicklung seines Gegenentwurfs allerdings stärker auf Luhmanns Argumentationstheorie für die Funktionsbestimmung von Argumentationen. Das Konzept einer „Politik der Expertise“ spielt dabei eine wichtige Rolle. Es bezieht sich darauf, dass in Politikberatungssituationen bestimmte Inklusions- und Exklusionsmechanismen nicht nur dann zum Tragen kommen, wenn zwischen guter und schlechter Expertise unterschieden wird, sondern bereits dann, wenn wissenschaftliche Disziplinen Realität begrifflich strukturieren bzw. sich disziplinär voneinander abgrenzen. Indem die Politikberatung, so Kessler, nach den Grenzen und Möglichkeiten von Wissenstransfer und nach der Produktion von Vorhersehbarkeit und Sicherheit frage, ändere sich auch ihr eigener Anspruch: Sie kann dann nur beschreiben und Alternativen aufzeigen. „Reflexive“ Politikberatung lasse sich damit als „doppelte Lesung von Politikvorschlägen“ definieren, die in einem ersten Schritt die disziplinären Wissensstrukturen, Weltbilder und Argumentationsformen der Experten offen legt und in einem zweiten Schritt dazu Alternativen anbieten kann, um so deren Kontingenz zu verdeutlichen. Die Bedeutung dieser Sichtweise illustriert Kessler sodann am Beispiel der Frage, welche Funktion das dominierende Argument „in den Finanzmärkten sind systemische Risiken auf asymmetrische Informationsverteilungen zurückzuführen“ für die Konstruktion von ökonomischer Expertise, Autorität und damit dem Umgang mit Nichtwissen hat.

Einen deutlich anderen Zugang wählen *Christian Bürger* und *Frank Gadinger* in ihrer „kulturtheoretischen Neubeschreibung“ der „Wissensgemeinschaft Internationale Beziehungen“. Ausgangspunkt ihrer Analyse ist die Beobachtung, dass die Prozesse der Interaktion zwischen Akteuren in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft weitaus vielfältiger sind, als dies in den IB in der Regel unterstellt wird. Problematisierungsbedürftig erscheint ihnen vor allem die Vorstellung vergleichsweise fest zementierter Grenzen zwischen den Wissenschaften (hier der IB) und der Politik. Wie die Grenzen zwischen den Akteuren der Wissensgesellschaft kontinuierlich hin und her verschoben werden und wie die Regeln der Grenzüberschreitungen und Interaktionen in spezifischen Praktiken permanent neu ausgehandelt werden, ist aus diesem Blickwinkel von besonderem Interesse für den Prozess disziplinärer Selbst-

verständigung. Unter Rückgriff auf die kulturtheoretische Perspektive der Wissenschaftsforschung („cultural studies of science“), insbesondere die Arbeiten von Bruno Latour, untersuchen sie in ihrem Beitrag die unterschiedlichen Dimensionen dieser „Aushandlungs-“ und „Übersetzungsprozesse“ der IB als „Wissensgemeinschaft“. Wie unterschiedliche Wissensgemeinschaften auf dem „Deutungsmarkt internationale Politik“ um die Gültigkeit ihrer Repräsentationen konkurrieren und wie sich in diesen Prozessen „Grenzen“ und „Gräben“ herausbilden, wird anhand bestimmter Praktiken verdeutlicht, derer sich IB-Forscher bedienen. Da nach Bürgers und Gadingers Auffassung in gängigen Beschreibungen des Verhältnisses zwischen Wissenschaftlern und Politikern die „Komplexität und Pluralität politischer und epistemischer Praktiken“ nicht angemessen abgebildet wird, schlagen sie ein neues „nicht-essentialistisches Vokabular“ vor, das uns in die Lage versetzen soll, jene Prozesse präziser zu beschreiben, über die Grenzen konstituiert werden.

Unterschiedliche Konkretisierungen des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Praxis im Feld der Sicherheitspolitik im engeren Sinne beleuchten die nachfolgenden vier Beiträge von Christopher Daase, Harald Müller, Sebastian Enskat und Ulrich Schneckener. *Christopher Daase* untersucht in seinem Beitrag wie im Feld der Sicherheitspolitik mit den methodischen Problemen der Gefahrenwahrnehmung und den Bedingungen des Wissens und Nichtwissens umgegangen wird. Der gängigen Vorstellung, dass politische Entscheidungen auf der Grundlage mehr oder weniger gesicherten Wissens getroffen werden, setzt Daase eine Beschreibung entgegen, die den kognitiven Rahmen politischer Entscheidungen bestimmt über das Verhältnis dessen, was wir wissen, nicht wissen, nicht wissen können und nicht wissen wollen. Er argumentiert, dass wir heute in einer Zeit politischen und wissenschaftlichen Wandels leben, durch den die grundlegenden Parameter politischen Wissens und Nichtwissens neu definiert werden. Das zentrale Problem wissenschaftlicher Politikberatung unter den Bedingungen möglicher Gefahren und wirklicher Ungewissheit sieht er darin, dass sie bislang methodisch weitgehend unreflektiert und dadurch anfällig für bewusste politische Manipulationen oder unbewusste Fehleinschätzungen ist. Einen Ausweg aus dieser Situation sieht auch Daase in einer reflexiven Politikberatung, die ihre eigenen Begrenzungen nicht nur selbst reflektiert, sondern sie auch ihren Abnehmern kommuniziert. Ziel wissenschaftlicher Beratung wäre es dann, die Bedingungen der Möglichkeit von Wissen zu präzisieren, den Umgang mit Ungewissheit zu vermitteln und die Grenzen des Wissens und des Wissbaren aufzuzeigen.

Harald Müllers „Notizen aus der Praxis“ unterscheiden sich von allen anderen Beiträgen dieses Sammelbandes dadurch, dass sie genauso ausführlich wie systematisch langjährige eigene Erfahrungen in der Politikberatung vor dem Hintergrund neuerer wissenschaftssoziologischer wie wissenssoziologischer Debatten reflektieren. Politikberatung ist für Müller „Dolmetschen zwischen den Sprachspielen zweier gesellschaftlicher Systeme“. Die Beratenden müssten die Eigenlogik beider Systeme verstehen, um kontextangemessen argumentieren zu können. Dazu gehört zum einen die Vertrautheit mit den Debatten der eigenen Disziplin. Im Verhältnis zu den Beratern gehört ferner die erfahrungsgesättigte Beobachtung dazu, dass die zumeist

nachgefragten Beratungsleistungen Hintergrundwissen und innovative Ideen mit praktischer Anwendbarkeit sind. Beide Produkte seien aus den Praxiskontexten der Beratenen relativ schwerer zu generieren, so dass die Beratenden hier einen komparativen Wettbewerbsvorteil besäßen. Je nach besonderem Beratungskontext (Müller unterscheidet hier u.a. zwischen offiziellen internationalen und nationalen Gremien, sogenannter „Track Two“-Diplomatie, Anhörungen, Expertenkommissionen oder Verhandlungsdelegationen) variiere der Typ der beiden Produkte, der primär nachgefragt werde. Politikberatung durch Wissenschaftler könne jedoch erfolgreich sein, wenn die Beratenden über einige wichtige Ressourcen verfügten: Hintergrundwissen, Kreativität, Kontextwissen, die Fähigkeit zu operativem Denken sowie zu Transferleistungen zwischen Theorie und Praxis, Empathie, Vertrauen, die Beherrschung unterschiedlicher Sprachspiele sowie ganz allgemein ein Mindestmaß an kommunikativer und strategischer Kompetenz. Müller verschweigt aber auch nicht die Grenzen wissenschaftlicher Beratung, die er vor allem in der Orientierung der jeweiligen Regierung, den Präferenzen individueller Ressortchefs und den „Grenzen der politischen Machbarkeit“ sieht. Der ständigen Gefahr der Vereinnahmung durch die spezifischen Anreizsysteme der Politik könne aber auch der Wissenschaftler begegnen, und zwar durch eine „kontinuierliche Anstrengung reflexiver Autonomieerhaltung“.

Ulrich Schneckeners Beitrag über „die soziale Konstruktion des ‚Terrorexperten‘“ schließt zumindest insofern unmittelbar daran an, als auch er über das Spannungsfeld von Wissenschaft, Medien und Politikberatung in Teilen aufgrund eigener Erfahrung berichten kann. Wissenschaftliche Politikberater, so Schneckener, sind in ihrer Funktion als „Terrorexperten“ im öffentlichen Diskurs und bei der Politikberatung mit dem Dilemma konfrontiert, dass von ihnen kurzfristig Empfehlungen und Analysen eingefordert werden, für die sie aber angesichts der mit dem Gegenstand verknüpften methodischen Schwierigkeiten nur begrenzt auf etablierte Erkenntnisse der Forschung zurückgreifen können. Da der Hinweis auf die objektiven Grenzen der Expertise und die Relativierung eigener Erkenntnisse in den Medien aber wenig populär sei, ließen sich in der öffentlichen Kommunikation wiederkehrende Muster feststellen, mit denen „Terrorexperten“ den Grenzen der Expertise aus dem Weg zu gehen suchten. Die meisten dieser Kommunikationsmuster – Schneckener nennt Vereinfachungen, Dramatisierungen der Gefahrenlage, die Überbewertung bestimmter Thesen und ganz allgemein Spekulationen – tragen letztlich jedoch eher zu einer „aufgeregten“, denn zu einer „aufgeklärten“ Debatte bei. Sie verstärkten bestimmte Wahrnehmungs- und Erklärungsmuster, die an jene Leerstellen rückten, an denen es an Erkenntnissen mangle. Um unter solchen Bedingungen nicht Gefahr zu laufen als „Terrorexperte“, insbesondere als Wissenschaftler, in die indirekte Kommunikation zwischen Terroristen und Medien hineingezogen zu werden, bedürfe es der Offenlegung und einer stärkeren öffentlichen Debatte über die begrenzten „Gewiðheiten“ wie auch – spiegelbildlich – über die begrenzte Wirkung operativer Terrorismusbekämpfung.

Die Gratwanderungen zwischen den Anforderungen wissenschaftlicher Forschung einerseits und den Anforderungen praktischer Politik andererseits lassen sich

nirgends besser nachzeichnen als bei einer Einrichtung wie der „Stiftung Wissenschaft und Politik“. Dem geht *Sebastian Enskat* in seinem Beitrag nach. Enskat fragt, was ein Forschungsinstitut wie die SWP überhaupt leisten kann. In Auseinandersetzung mit der neueren Wissenschaftsforschung sowie auf der Grundlage einer Reihe von Experteninterviews rekonstruiert er das Selbstverständnis der SWP sowie die Aufgaben und Probleme, denen sich ihre Mitarbeiter an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und praktischer Politik gegenübersehen. Dabei kommt insbesondere der Unterscheidung von wissenschaftlichem Sachverstand auf der einen und Expertise auf der anderen Seite entscheidende Bedeutung zu. Während es bei wissenschaftlichem Wissen im Kern um das Verstehen von Ursache-Wirkungs-Beziehungen gehe, erfordere Expertenwissen zusätzlich die Entwicklung von konkreten Ratschlägen in spezifischen Situationen. Insofern als Politikberatungsexpertise in diesem Sinne gefragt sei, erfordere sie neben der notwendigen Fachkompetenz „einen geschulten Blick für situative Zusammenhänge, Kommunikationskompetenz, Urteilsfähigkeit, Entscheidungshilfe-Kompetenz und nicht zuletzt auch Loyalität zum Klienten“. Wenn man dies in Rechnung stelle, erweise sich wissenschaftlicher Sachverstand keineswegs als hinreichende und „möglicherweise noch nicht einmal als eine notwendige Bedingung“ guter Politikberatung. Den Mitarbeitern der SWP jedenfalls attestiert Enskat, dass sie über beides verfügten, wissenschaftliche Kompetenz wie auch Politikberatungsexpertise.

Den Abschluss des Sammelbandes bildet der Beitrag von *Klaus Schlichte*, der im Verhältnis von Politik und Wissenschaft in den Internationalen Beziehungen die Frage aufwirft, ob „Kritik“ überhaupt „noch möglich“ sei. Ausgangspunkt seiner Analyse ist die Feststellung, dass die alten paradigmatischen Selbstbeschreibungen der Politikwissenschaft ihre Gültigkeit verloren haben. Wenn man dieser Situationsbeschreibung zustimme, stelle sich die Frage nach dem Ort der Kritik in der deutschen IB neu. Vor dem Hintergrund der realpolitischen Veränderungen, der wissenschaftspolitischen Diskussion, der fachinternen Debatte um das Selbstverständnis der Disziplin und der Begründung der Kategorie der Kritik bei einschlägigen sozialtheoretischen Referenzautoren – Schlichte rekurriert hier in einer wissenschaftsgeschichtlichen *tour d’horizon* insbesondere auf Kant, Nietzsche, Marx, Weber, Horkheimer und Foucault – diskutiert der Beitrag, welcher Ort der Kritik in den IB (noch) zukommt und wie sich mögliche Antworten auf diese Frage begründen lassen. Seine Diskussion der unterschiedlichen Positionen, die sich seit dem 19. Jahrhundert zu dieser Frage ergaben, lässt für Schlichte nur den Schluss zu, dass sich keine allgemeingültigen theoretischen Begründungen für einen starken Begriff von „Kritik“ mehr geltend machen lassen. Zwei Gründe sprächen dennoch für ihre fundamentale Bedeutung: Zum einen sei der Begriff der Wissenschaft mit dem der Kritik weitgehend identisch, zum anderen zwingt die unvermeidbare Gesellschaftlichkeit der Wissenschaft diese zu einem kritischen Selbstverständnis. Die nach wie vor gültigen Forderungen nach Öffentlichkeit und Autonomie hätten als Konsequenz dieser Einsichten weiterhin Bestand.

Literatur

- Albert, Mathias* 2004: Zehn Jahre ZIB: Erfolg und erfolgreiches Scheitern, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11: 2, 281-285.
- Alemann, Ulrich von* 1994: Grundlagen der Politikwissenschaft. Ein Wegweiser, Opladen.
- Althaus, Marco* 2005: Politikberatung – Qualitätsberatung: Was gute und schlechte Politikberatung unterscheidet, in: Koch-Laugwitz, Ursula/Meier, Dominik (Hrsg.): Mehr Wert durch Beratung? Qualität in Politikberatung und politischer Kommunikation, Dokumentation zur Fachtagung am 29. August 2005, Berlin, 25-36, verfügbar unter http://www.degepol.de/downloads/mehr_wert_durch_beratung.pdf [23.2.2006].
- Althaus, Marco/Meier, Dominik* (Hrsg.) 2004: Politikberatung: Praxis und Grenzen, Münster.
- Arbeitsgemeinschaft der Ressortforschungseinrichtungen* 2006: Forschen – prüfen – beraten. Ressortforschungseinrichtungen als Dienstleister für Politik und Gesellschaft. Positionspapier, verfügbar unter http://www.ressortforschung.de/res-media/positionspapier_stand_4_januar_2006.pdf [2.3.2006].
- Berg-Schlosser, Dirk* 2003: Gegenstand und Anwendungsgebiete der Politikwissenschaft, in: Münkler, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg, 55-76.
- Bermbach, Udo* 1978: Rede zur Eröffnung des wissenschaftlichen Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, in: ders., (Hrsg.): Politische Wissenschaft und politische Praxis, PVS-Sonderheft 9, Opladen.
- Betzuege, Reinhard* 2006: Auswärtiger Dienst, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden (im Erscheinen).
- Bittner, Jochen/Niejahr, Elisabeth* 2004: Die Berater-Republik, in: Die Zeit, 7/2004, 5.2.2004.
- Bleek, Wilhelm* 2001: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München.
- Booth, Kenneth* 1997: Discussion: a reply to Wallace, in: Review of International Studies 23: 3, 371-377.
- Börzel, Tanja A.* 2004: Europäisches Regieren. Policy matters! In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11: 2, 347-355.
- Braml, Josef* 2004: Think Tanks versus „Denkfabriken“? U.S. and German Policy Research Institutes' Coping with an Influencing Their Environments, Baden-Baden.
- Brown, James Robert* 2001: Who Rules in Science? An Opinionated Guide to the Wars, Cambridge, Massachusetts, London.
- Bruder, Wolfgang* 1981: Sozialwissenschaften und Politikberatung, Köln.

- Busse, Nikolas* 2003: Nachrevolutionär. Die deutsche Politikwissenschaft ist mit der Zeit gegangen - nicht ohne Erfolg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.10.2003, 10.
- Collins, Harry/Evans, Robert* 2002: The Third Wave of Science Studies: Studies of Expertise and Experience, in: Social Studies of Science 32: 2, 235–296.
- Collins, Harry/Pinch, Trevor* 1993: The Golem: What every one should know about science, Cambridge.
- Cumings, Bruce/Jacobsen, Kurt* 2006: Prying Open American Political „Science“, in: Post-Autistic Economics Review, 37, 55-58, verfügbar unter <http://www.paecon.net/PAERReview/issue37/CumingsJacabsen37.htm> [26.5.2006].
- Daase, Christopher* 2002: Der Krieg und die Friedensforschung. Kleine Polemik zugunsten der Polemologie, in: Schmidt, Hajo/Trittmann, Uwe (Hrsg.): Kultur und Konflikt. Festschrift für Johan Galtung, Münster, 83-95.
- Deutsche Gesellschaft für Politikberatung* 2005: Was ist Politikberatung, Berlin, verfügbar unter http://www.degepol.de/downloads/was_ist_politikberatung.pdf [23.2.200].
- Deutscher Bundestag* 2004: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Ressortforschung, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/3068 vom 5.5.2004, verfügbar unter <http://dip.bundestag.de/btd/15/030/1503068.pdf#search=%22Drucksache%2015%2F2665%22> [23.2.2006].
- Dewey, John* 1965[1938]: Experience and Education, New York.
- DFG/Wissenschaftsrat* 2005: Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen – Merkblatt Exzellenzcluster, verfügbar unter <http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/formulare/download/exin1.pdf> [9.8.2005].
- Eberwein, Wolf-Dieter/Hörsch, Barbara* 1995: Beziehungsprobleme. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Praxis, in: Forndran, Erhard/Lemke, Hans-Dieter (Hrsg.): Sicherheitspolitik für Europa zwischen Konsens und Konflikt. Analysen und Optionen, Baden-Baden, 345-369.
- Felt, Ulrike/Nowotny, Helga/Taschwer, Klaus* 1995: Wissenschaftsforschung. Eine Einführung, Frankfurt a. M., New York.
- Friedmann, Jan* 2006: Göttinger Dreikampf: Attackieren, aussitzen, abwickeln, in: Spiegel online, 1.3.2006, verfügbar unter <http://www.spiegel.de.ubproxy.ub.uni-frankfurt.de/unispiegel/studium/0,1518,403756,00.html> [1.3.2006].
- Füller, Christian* 2006: „Alte Elite hängt am Status quo“. Interview mit dem Gründungsdekan der Hertie School of Governance, Michael Zürn, in: Die Tageszeitung, 1.2.2006.
- George, Alexander L.* 1993: Bridging the Gap: Theory and Practice in Foreign Policy, Washington D.C..

- Gibbons, Michael* 1994: The Emergence of a New Mode of Knowledge Production, in: Felt, Ulrike/Nowotny, Helga (Hrsg.): Social Studies of Science in an International Perspective, Wien, 55-66.
- Greven, Michael Th.* 2003: Politikwissenschaft und Politik. Theoretische Annäherungen an eine unerforschte Beziehung mit fließenden Übergängen, Vortrag auf dem Kongress der DVPW zum Thema „Politik-Wissenschaft-Öffentlichkeit“, Mainz, 22. bis 25.9.2003, verfügbar unter <http://www.dvpw.de/dummy/fileadmin/docs/SKTheorie.pdf> [20.10.2003].
- Haas, Peter M./Haas, Ernst B.* 2002: Pragmatic Constructivism and the Study of International Institutions, in: Millennium. Journal of International Studies 31: 3, 573-601.
- Habermas, Jürgen* 1968[1963]: Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung, in: ders.: Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt a. M., 120-145.
- Hacke, Christian* 2003: Außen- und Sicherheitspolitik, in: Münkler, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg, 324-373.
- Hargens, Lowell L.* 1988: Scholarly consensus and journal rejection rates, in: American Sociological Review 53: 1, 139-151.
- Heintz, Bettina* 1993: Wissenschaft im Kontext. Neuere Entwicklungstendenzen in der Wissenschaftssoziologie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 45, 528-552.
- Hellmann, Gunther* 2003 (Hrsg.): Are Dialogue and Synthesis Possible in International Relations? Symposium mit Beiträgen von Gunther Hellmann, Friedrich Kratochwil, Yosef Lapid, Iver Neuman, Frank Harvey, Joel Cobb, Andrew Moravcsik, und Steve Smith, in: International Studies Review 5: 1, 123-150.
- Hellmann, Gunther/Müller, Harald* 2003: Editing (I)nternational (R)elations: A changing world, in: Journal of International Relations and Development 6: 4, 372-389.
- Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn Michael* (Hrsg.) 2003: Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden Baden.
- Hertie School of Governance* 2004: Die Rolle des Staates im 21. Jahrhundert. Erstes internationales Symposium der Hertie School of Governance, Berlin, 22.4.2004, verfügbar unter http://www.hertie-school.org/en/service/downloads/pdfs/The_Role_of_the_State_in_the_21st_Century.pdf#search=%22Die%20Rolle%20des%20Staates%20im%2021.%20Jahrhundert%22 [15.3.2006].
- Hohn, Hans-Willy/Schimank, Uwe* 1990: Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurskonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung, Frankfurt a. M., New York.
- Janning, Josef* 1996: Politikberatung auf dem Prüfstand. Anforderungen an die Denkfabriken, in: Internationale Politik 51: 9, 65-66.

- Jentleson, Bruce W.* 2002: The Need for Praxis: Bringing Policy Relevance Back In, in: *International Security*, 26: 4, 169-183.
- Joas, Hans* 1992: *Die Kreativität des Handelns*, Frankfurt a. M..
- Katznelson, Ira/Milner, Helen V.* 2002: American Political Science: The Discipline's State and the State of the Discipline, in: dies. (Hrsg.): *Political Science: State of the Discipline*, Washington, D.C., 1-26.
- Klaiber, Klaus-Peter* 1996: Politikberatung auf dem Prüfstand. Zielvorgabe: Aktualität, Praxisnähe und Durchsetzbarkeit, in: *Internationale Politik* 51: 9, 63-64.
- Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“* 2000: Bericht der Kommission an die Bundesregierung, Berlin.
- Kratochwil, Friedrich* 2004: Kompetenz und Relevanz in der Politikforschung. Das erste Jahrzehnt der ZIB, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 11: 2, 321-324.
- Kratochwil, Friedrich* 2006: Of False Promises and Safe Bets: a Plea for a Pragmatic Approach to Theory Building, unveröffentl. Manuskript.
- Link, Werner* 1978: Außenpolitische Forschung im Spannungsfeld zwischen Praxisbezug, Praxisrechtfertigung und Praxiskritik, in: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 9*, 484-504.
- Lock, Peter* 2003: Vom Umgang der Friedensforschung mit bewaffneter Gewalt im 21. Jahrhundert, in: Berndt, Michael/El Masry, Ingrid (Hrsg.): *Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt*, Festschrift für Werner Ruf, Kassel, 199-223, auch verfügbar unter <http://www.uni-kassel.de/~interbez/WernerRuf/Lock.PDF> [3.3.2006].
- Luhmann, Niklas* 1977: Theoretische und praktische Probleme der anwendungsbezogenen Sozialwissenschaften, in: *Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.): Interaktion von Wissenschaft und Politik. Theoretische und praktische Probleme der anwendungsorientierten Sozialwissenschaften*, Frankfurt a. M., New York, 16-39.
- MacDonald, G. Jeffrey* 2004: Colleges push professors into media spotlight, in: *Christian Science Monitor*, 25.6.2004, verfügbar unter <http://www.csmonitor.com/2004/0625/p11s01-legn.html> [20.11.2005].
- Mauß, Hanns W./Harnisch, Sebastian/Schieder, Siegfried* 2004: Die ZIB als Forum der deutschen IB? Eine kritische Bestandsaufnahme, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 11: 2, 357-364.
- Müller, Harald/Hellmann, Gunther* 2004: Einleitung: Zehn Jahre „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“. Was wir aus den Geburtstagsgrüßen lernen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 11: 2, 273-280.
- Neidhardt, Friedhelm* 2002: Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit, WZB-Vorlesung 3, 26.11.2002, verfügbar unter http://www.wz-berlin.de/publikation/pdf/pdfs%20vorlesungen/les3_neidhardt.pdf [23.9.2005].
- Neidhardt, Friedhelm* 2006: Wissenschaftliche Politikberatung via Medien? In: *Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland*, Wiesbaden, 146-152.

- Neumann, Iver B.* 2002: Returning Practice to the Linguistic Turn: The Case of Diplomacy, in: *Millennium. Journal of International Studies* 31: 3, 627-651.
- Neumann, Iver B./Heikka, Henrikki* 2005: Grand Strategy, Strategic Culture, Practice. The Social Roots of Nordic Defence, in: *Cooperation and Conflict* 40: 1, 5-23.
- Nowotny, Helga* 1999: Es ist so. Es könnte auch anders sein. Über das veränderte Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft, Frankfurt a. M.
- Nowotny, Helga/Scott, Peter/Gibbons, Michael* 2001: Re-Thinking Science. Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty, London.
- Nullmeier, Frank* 2006: Wissen und entscheiden, in: Heidelberg Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): *Politikberatung in Deutschland*, Wiesbaden, 85-100.
- Ploetz, Hans-Friedrich von* 1998: Der Auswärtige Dienst vor neuen Herausforderungen, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kaiser, Karl (Hrsg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd.4: Institutionen und Ressourcen, München, 59-74.
- Risse, Thomas* 2004: We Did Much Better! Warum es (auch) „auf amerikanisch“ sein musste, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 11: 2, 287-292.
- Rößler, Sandra* 2002: Wissenschaftliche Politikberatung am Deutschen Bundestag im Bereich Außenpolitik (Magisterarbeit im Fach Politikwissenschaft, Lehrgebiet Internationale Politik / Vergleichende Politikwissenschaft an der FernUniversität Hagen), verfügbar unter http://www.fernuni-hagen.de/IPVP/roessler_magister.pdf [12.11.2005].
- Rüland, Jürgen* 2004: Theoriediskurs auf hohem Niveau. Mit eurozentrischer Schiefelage? In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 11: 2, 307-311.
- Schatzki, Theodore R./Knorr Cetina, Karin/Savigny, Eike von* (Hrsg.) 2001: *The Practice Turn in Contemporary Theory*, London.
- Schavan, Annette* 2006: Sicherheitsforschung – Herausforderung und Notwendigkeit zum Schutz der Gesellschaft, Rede der Bundesministerin für Bildung und Forschung anlässlich der Konferenz „Future Security“, 4.7.2006 in Karlsruhe, verfügbar unter http://www.bmbf.de/pub/mr_20060704.pdf [8.7.2006].
- Schmidt, Brian C.* 2002: On the History and Historiography of International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hrsg.): *Handbook of International Relations*, London, 3-23.
- Schwägerl, Christian* 2004: Expedition ins Unbekannte. Erstmals wird die Qualität aller Bundesforscher überprüft, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.3.2004, N1.
- Sigelman, Lee* 2005: Report of the Editor of the *American Political Science Review*, 2003–2004, in: *PS: Political Science & Politics* 38: 1, 137-140.
- Smith, Steve* 1997: Power and truth: a reply to William Wallace, in: *Review of International Studies* 23: 3, 507-516.
- Spiewak, Martin* 2005: Die Sendungsbewussten, in: *Die Zeit*, 50/2005, 8.12.2005.
- Stehr, Nico* 2000: Die Zerbrechlichkeit der modernen Gesellschaft, Weilerswist.

- Stehr, Nico* 2003: Wissenspolitik, Frankfurt a. M..
- Thunert, Martin* 2006: Politikberatung, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden (im Erscheinen).
- Wæver, Ole* 1998: The Sociology of a Not So International Discipline: American and European Developments in International Relations, in: International Organization 52: 4, 687-727.
- Wæver, Ole* 2003: The Structure of the IR Discipline: A Proto-Comparative Analysis, Paper presented at the Annual Convention of the International Studies Association, February.
- Wallace, William* 1996: Truth and power, monks and technocrats: theory and practice in international relations, in: Review of International Studies 22: 3, 301-321.
- Walt, Stephen* 2005: The Relationship Between Theory and Policy in International Relations, in: Annual Review of Political Science 8: 1, 23-48.
- Walter, Franz* 2006: Fachsuaheli auf Marmorklippen, in: Spiegel online, 25.4.2006, verfügbar unter <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,412422,00.html> [26.4.2006].
- Weidenfeld, Werner/Turek, Jürgen* 2003: Schlüsselfertige Beratung. Eine Frage der Kommunikation, in: Politik & Kommunikation, März, 6-7; verfügbar unter http://www.cap-lmu.de/aktuell/pressespiegel/2003/ww_beratung.php [13.4.2006].
- Weingart, Peter* 2001: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist.
- Weingart, Peter* 2003: Wissenschaftssoziologie, Bielefeld.
- Weingart, Peter* 2006: „Demokratisierung“ der wissenschaftlichen Politikberatung – Eine Antwort auf die Legitimationsdilemmata im Verhältnis von Wissenschaft und Politik? In: Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland, Wiesbaden, 73-84.
- Weller, Christoph* 2004: Beobachtungen wissenschaftlicher Selbstkontrolle: Qualität, Schwächen und die Zukunft des *Peer Review*-Verfahrens, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11: 2, 365-394.
- Whitley, Richard* 1984: The Intellectual and Social Organization of the Sciences, Oxford.
- Wieck, Hans-Georg* 2006: Geheime Nachrichtendienste, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden (im Erscheinen).
- Willke, Helmut* 2002: Dystopia. Studien zur Krisis des Wissens in der modernen Gesellschaft, Frankfurt a. M..
- Wissenschaftsrat* 2004a: Empfehlungen für die Errichtung einer Nationalen Akademie in Deutschland, Berlin, 30.1.2004, verfügbar unter <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/5922-04.pdf> [20.3.2006].

- Wissenschaftsrat* 2004b: Empfehlungen zur Entwicklung der Rahmenbedingungen der Forschung in Ressortforschungseinrichtungen (am Beispiel der Forschungsanstalten in der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL)), Berlin, 30.1.2004, verfügbar unter <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/5910-04.pdf> [15.2.2005].
- Wissenschaftsrat* 2005: Stellungnahme zur Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M., Jena, 20.5.2005, verfügbar unter: <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/6614-05.pdf> [23.5.2005].
- Wissenschaftsrat* 2006: Stellungnahme zum Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Berlin, Nürnberg, 19.5.2006, verfügbar unter: <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7262-06.pdf> [26.5.2006].
- Wolf, Klaus Dieter/Hellmann Gunther* 2003: Die Zukunft der Internationalen Beziehungen in Deutschland, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland (Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Bd. 10), Baden-Baden, 577-603.
- Wolf, Reinhard* 2004: Macht und Recht in der ZIB, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11: 2, 313-320.
- Zammito, John H.* 2004: A Nice Derangement of Epistemes: Post-positivism in the Study of Science from Quine to Latour, Chicago.
- Ziman, John* 2000: Real Science. What it Is and What it Means, Cambridge.
- Zürn, Michael* 2003: Die Entwicklung der Internationalen Beziehungen im deutschsprachigen Raum nach 1989, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland (Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Bd. 10), Baden-Baden, 21-46.
- Zürn, Michael* 2004: Mission Statement of the Academic Director of the Hertie School of Governance, HSoG Paper No. 2, Berlin, verfügbar unter: http://www.hertie-school.org/en/1_hsoG/about_us/HSoG2.pdf [22.3.2005].